



DISTEL

Meinungsmagazin der Jungen Alternative NRW

Die Preußen Asiens:
Reisebericht aus Japan

Der Islam:
Gehört er architektonisch zu Deutschland?

#jungalternativeimpulse:
Braucht Bildung mehr oder weniger Staat?



Editorial / Impressum	Seite	3
Grußwort des Bundesvorsitzenden / Werden Sie Silbermitglied	Seite	4
Die JA von heute ist die AfD von morgen	Seite	5 – 6
#jungalternativeimpulse: Humboldt, was tun?	Seite	7
Die AfD als Partei gegen den wachsenden Antisemitismus	Seite	8 – 9
Manifest der JA-NRW: Zehn Impulse	Seite	10 – 11
Die Preußen Asiens: Reisebericht aus Japan	Seite	12
Gehört der Islam architektonisch zu Deutschland?	Seite	13
Der staatliche und gesellschaftliche Selbstmord	Seite	14
Der gesellschaftliche Kontext: Gibt es wissenschaftliche Ethik?	Seite	15 – 16
Schatzkiste: Ernst Jünger – Der Waldgang	Seite	16 – 17
Das bedingungslose Grundeinkommen. Eine unaufgeregte Betrachtung	Seite	18 – 20
Rezensionen	Seite	20
Pro/Contra Schuluniform	Seite	21
Rezensionen	Seite	22 – 23

Praktikant/in gesucht

Ab dem 01.05.2018 bieten wir Schülern und Studenten ein Praktikum in der AfD-Landtagsfraktion NRW an.

Das erwartet Dich:

- Unterstützung im Bereich Kommunikation
- Durchführung von Recherchearbeiten
- Sichtung relevanter Social-Media Inhalte
- Unterstützung bei der Vorbereitung und
- Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen
- Unterstützung bei wissenschaftlichen Ausarbeitungen von Fachthemen

Das erwarten wir:

- Eigeninitiative, Gewissenhaftigkeit, Organisations- und Kommunikationsstärke
- Teamfähigkeit
- Freude am selbstständigen Arbeiten
- Gute Kenntnisse in MS-Office

Bitte sende uns Deine Bewerbungsunterlagen an:
sabrina.lohr@landtag.nrw.de



UNKRAUT AUF ACHER

Düsseldorf, Februar 2018

Endlich haltet ihr sie in den Händen: Unsere allererste Ausgabe der DISTEL. Das Meinungsmagazin der Jungen Alternative in Nordrhein-Westfalen. In DISTEL geben wir allen Mitgliedern der JA NRW einen Raum, Diskurse anzustoßen. Politische Meinungsbildung ist Aufgabe einer Jugendorganisation. Die JA NRW hat den Anspruch, als Innovationsmotor in ihre Mutterpartei, die Alternative für Deutschland (AfD), hineinzuwirken. Neben Artikeln über Ausflüge, Wahlkampf und andere Späße liefern wir von nun an Denkanstöße. Diese müssen programmatisch nicht immer der Parteilinie entsprechen – nein! Sie können sehr gerne dagegen verstoßen. Es geht darum, politische Themen an der Wurzel zu packen. Es ist unsere Generation, die die Fehlentwicklungen in diesem Land vollends ausbaden muss. Dabei bewahren wir uns die jugendliche Forscherheit. Unsere Autoren sollen sich ausprobieren, statt allzu schnell den Mechanismen der Konsensdemokratie zu verfallen. Parteiarbeit darf nicht zum Selbstzweck werden. Jugendlischer Eifer darf sich nicht ergehen in Versammlungsleitungen und dem Schreiben von Protokollen. Es geht um unser Land. Um NRW, um Deutschland, das Land der Deutschen.

Warum DISTEL? „Distel“ ist kein umrissener botanischer Begriff; er enthält eine indogermanische Sprachwurzel, die sowohl „spitz“ als auch „stechen“ bedeuten kann. Deshalb bekamen sämtliche stacheligen Pflanzen diesen Volksnamen. Die Acker-Kratzdistel ist bei Bauern ein verhasstes Unkraut, das trotz des Einsatzes von Pestiziden unheimlich widerstandsfähig ist. Sogar auf Schutt und im Beton kann die Distel aufgrund ihrer tiefen Verwurzelung ausreichend Feuchtigkeit und Nährstoffe finden. Diese mit Dornen bewehrte Pflanze passt zu uns: Auch wir müssen Widerständen trotzen – in der Schulklasse, im Uni-Seminar, beim Arbeitgeber, im Bekanntenkreis, auf der Straße. Auch wir sind unbequem, spitz und stachelig. Aber genau wie die



Distel selbst auf dem kärglichsten Acker mit ihren knallig leuchtenden Blüten stolz hervor scheint, so wollen auch wir die arglose Zuversicht niemals verlieren und Wurzeln schlagen.

Im Namen des aktuellen Landesvorstandes wünsche ich euch viel Spaß mit unserer ersten Ausgabe der DISTEL. Unser Meinungsmagazin soll fortan immer zweimal im Jahr erscheinen. Gerne begrüßen wir auch dich das nächste Mal als Autor! Bitte schreibt uns euer Feedback an: kontakt@jungealternative-nrw.de.

Nur Mut, wünscht
Carlo
DISTEL-Chefredakteur und Vorsitzender der JA NRW

IMPRESSUM

Chefredaktion: Carlo Clemens

Anschrift: Junge Alternative Landesverband Nordrhein-Westfalen
Vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den Sprecher Carlo Clemens
Münsterstraße 306 · 40470 Düsseldorf

Kontakt: kontakt@jungealternative-nrw.de · +49 (211) 545 589 50 · www.jungealternative-nrw.de
www.facebook.com/JungeAlternativeNRW · www.twitter.com/NRW_JA

DISTEL ist das Meinungsmagazin der Jungen Alternative NRW. Es soll halbjährlich für alle Mitglieder, Silbermitglieder und Interessenten erscheinen. Auftrag ist, Debatten anzustoßen und als Innovationsmotor in die AfD hineinzuwirken.

Grußwort des Bundesvorsitzenden a.D.



Sven Tritschler

Liebe JA-Freunde,

ich freue mich, in der ersten Ausgabe der DISTEL ein kurzes Grußwort an Euch richten zu dürfen.

Eine Mitgliederzeitschrift, ein Medium für den ausführlichen Austausch von Ideen und Informationen, ist ein wichtiger Schritt zur weiteren Festigung und Professionalisierung unserer immer noch jungen Organisation.

Nachdem wir uns im nun fast hinter uns liegenden Jahr im Dauerwahlkampf befanden und auch die Jahre davor von vielen einfachen, aber zeitraubenden organisatorischen Aufgaben geprägt waren, haben wir im

voraussichtlich „wahlfreien“ Jahr 2018 die Chance, uns solchen Projekten zu widmen, die leider immer Gefahr laufen, aufgrund anderer, vordringlicher Aufgaben auf die lange Bank geschoben zu werden.

Ich spreche sicher auch für Carlo und aus eigener Erfahrung, wenn ich Euch bitte, diese Zeitschrift nicht nur zu konsumieren, sondern auch einen aktiven Beitrag dazu zu leisten. Was liegt bei Euch vor Ort gerade an? Was bewegt Euch? Wo habt ihr einen Wissens- und Erfahrungsvorsprung, den Ihr mit dem Rest der JA teilen möchtet? Euch wird sicher etwas einfallen und das Redaktionsteam wird es sicher dankbar aufnehmen.

Jedenfalls freue ich mich darauf, die erste Ausgabe der DISTEL bald in Händen halten zu dürfen. Die inhaltliche Planung, die ich mir schon einmal anschauen durfte, lässt jedenfalls erwarten, dass sie ihrem Namen gerecht und stachelig-unbequem wird. Ich gehe davon aus, dass sie den Impuls für inhaltliche Debatten liefert und diese vielleicht auch ein wenig aus den sozialen Netzwerken herausverlagert. Das jedenfalls wäre wünschenswert, denn Facebook, WhatsApp und Co. erweisen sich für fundierte Debatten mit Tiefgang leider meist als ungeeignet.

Solche Debatten werde ich in Zukunft dann leider als Zuschauer begleiten dürfen, denn altersbedingt habe ich die JA bald „hinter mir“. Nichtsdestotrotz werde ich gerne der erste Abonnent der DISTEL und bleibe Euch natürlich in der AfD und im Landtag erhalten. Nicht erbetene Ratschläge haben mich immer genervt, deshalb dürft Ihr diese von mir nicht erwarten. Falls ihr welche haben möchtet, stehe ich Euch aber gerne zur Verfügung.

Euch allen wünsche ich ein letztes Mal als Bundesvorsitzender der JA einen schönen Jahresbeginn und freue mich noch auf den kommenden Bundeskongress mit Euch zusammen.

Herzliche Grüße
Euer Sven



Werden Sie Silbermitglied!

Aktuell finanziert sich die Junge Alternative NRW in erster Linie durch Mitgliedsbeiträgen von Schülern, Studenten und jungen Menschen, die gerade am Anfang ihres Berufslebens stehen. Von der Mutterpartei im Landesverband bekommt sie jährlich einen mittleren vierstelligen Betrag als Zuschuss überwiesen.

Der neugewählte Landesvorstand hat viele Ideen und Konzepte in den vergangenen Monaten entwickelt, die selbstverständlich Geld kosten. Zum einen wollen wir unsere Mitglieder durch Strategietagungen politisch schulen und zum anderen wollen wir die Teamfähigkeit durch verschiedene Aktionen insgesamt fördern.

Die Silbermitgliedschaft ist keine neue Erfindung des jetzigen Vorstandes, sondern gab es in der Vergangenheit schon einmal. Diese Silbermitgliedschaft richtet sich in erster Linie an Personen, die über 35 Jahre alt sind und sich aus diesen formalen Gründen nicht mehr in der Jugendorganisation engagieren können. Gerade jetzt wo das Land NRW 13 Landtagsabgeordnete und 14 Bundestagsabgeordnete stellt und eine Vielzahl von Mitarbeiter beschäftigt, könnte das Projekt Silbermitgliedschaften wichtiger denn je sein.

Aber die Silbermitgliedschaft ist kein einseitiges Verlustgeschäft, sondern die JA NRW möchte dafür auch etwas bieten. Neben einem kleinen Präsent bekommen unsere Silbermitglieder sämtliche Einladungen zu Veranstaltungen der JA und darüber hinaus auch das Mitgliedermagazin DISTEL kostenlos nachhause geschickt.

Der Landesvorstand erhofft sich viele weitere Einnahmen durch das Konzept der Silbermitgliedschaft und möchte damit auch Untergliederungen intensiver unterstützen sowie Veranstaltungen fördern.

Sie sind über 35 Jahre alt und interessiert an einer JA-Silbermitgliedschaft? Dann wenden Sie sich an kontakt@jungealternative-nrw.de!

„Die JA von heute ist die AfD von morgen.“

Interview mit Andreas Keith, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

DISTEL: Lieber Andreas, die AfD-Fraktion sitzt nun seit über einem halben Jahr im Landtag NRW. Welchen Stellenwert besitzt die AfD in der Landespolitik des größten Bundeslandes?

Andreas Keith: Wir sind immer wieder erstaunt, dass selbst die naheliegendsten Fragen im Landtag in den letzten Jahren offenbar nie gestellt wurden. Der Eindruck, dass sich die sogenannten etablierten Parteien gewissermaßen gegenseitig geduldet haben, wächst zunehmend. Nun kommt mit uns jemand, der die Decke hebt und – noch wichtiger – sich nicht mit Ausflüchten zufrieden gibt. Tatsächlich kann man den Stellenwert der AfD in der NRW-Landespolitik gar nicht hoch genug einschätzen.

DISTEL: Du bist Parlamentarischer Geschäftsführer – was macht man da eigentlich?

Keith: Den ganzen Tag rumrennen, in Meetings sitzen, telefonieren, verhandeln. Der PGF ist die Schnittstelle zwischen der Fraktion und den anderen Parteien im Landtag sowie der Landtagsverwaltung. Ein Job, der viel Energie kostet und kaum Zeit lässt. Aber er ist auch interessant und spannend – ich mache ihn wirklich gerne!

DISTEL: In der Landtagsfraktion arbeiten viele JA-Mitglieder. Wie machen sich die Bubis bisher? Wo siehst du die Vorteile junger Mitarbeiter, wo siehst du Verbesserungsbedarf?

Keith: Wir haben uns sehr bewusst für eine überdurchschnittliche Zahl von Mitarbeitern aus der JA entschieden und diesen Schritt niemals bereuen müssen. Die Jungen sind hoch motiviert, fleißig, kreativ und bringen gute Ideen ein. Manchmal muss man den einen oder anderen etwas bremsen, aber die JA-Mitarbeiter sind die AfD-Spitzenpolitiker von morgen. Genau hier sieht die Fraktion auch ihre Verantwortung.

DISTEL: Wir haben den Eindruck, dass die JA in der NRW-AfD bisher in erster Linie als Plakataufhängertrupp wahrgenommen wurde. Du gehörtest als Gründungsmitglied bisher allen AfD-Landesvorständen an. Was sagst du zu jungen Mitgliedern, die diesen Eindruck haben?

Keith: Es gibt keine Partei, in der auch junge Leute so schnell Karriere machen können wie in der AfD: in einer CDU oder SPD müsst ihr erst einmal zehn Jahre Aktentaschen tragen und Kaffee kochen, bevor ihr überhaupt wahrgenommen werdet. Und ich weiß auch sehr gut, was wir an den JALern haben. Aber wenn es um's Plakate aufhängen geht: Wollt ihr lieber einen sportlichen jungen Mann die Leiter hochklettern lassen oder einen Rentner?

DISTEL: Welche Bedeutung hat die Jugendorganisation einer Partei grund-

sätzlich für dich?

Keith: Sie pointiert manche Positionen in einer Art, wie es die Partei selber niemals ungestraft tun könnte und sondiert damit auch Grenzen. Ihre Protagonisten lernen das politische Handwerk vergleichsweise früh, sie können sich ausprobieren, balancieren ein Stück weit mit Netz. Ich kann nur wiederholen: Die JA von heute ist die AfD von morgen. Diese Tatsache prägt auch meinen Umgang mit der Jungen Alternative.

DISTEL: Turbulente Zeiten für dich und die Partei – Einzug in den Landtag NRW, Einzug in den Bundestag, Austritt wichtiger Gallionsfiguren, Richtungsstreitigkeiten innerhalb der AfD. Und nun der Bundesparteitag und der Landesparteitag vor der Tür. Wird man da nicht irgendwann einmal zerrieben?

Keith: Es stimmt schon, dass die ständigen Aufs und Abs in einer jungen Partei an die Substanz gehen können. Aber man lernt auch, nicht jeden scheinbaren Aufreger über Gebühr ernst zu nehmen. Gelassenheit ist an dieser Stelle sicher eine unschlagbare Tugend.

DISTEL: ...die erkennbar nicht jeder hat. Wie sieht es aus in der Fraktion?

Keith: Sehr entspannt. Wir sind komplett im Arbeitsmodus, haben personelle Querelen hinter uns gelassen.



Andreas Keith

DISTEL: Trotzdem sind es vor allem Personalentscheidungen, die anstehen. Wen siehst du künftig im Landesvorstand? ▶

Keith: Diejenigen, die von unseren Mitgliedern gewählt werden. Davor stehen noch die Bundesvorstandswahlen. Hier werden schon wichtige Signale gesetzt.

DISTEL: Drei AfD-Landesverbände denken laut Medienberichten darüber nach, die Doppelspitze in der Parteiführung wieder abzuschaffen.

Keith: Es gibt unterschiedliche Optionen und für jede davon gute Argumente. Nach den bereits gemachten Erfahrungen halte ich jedoch eine Doppelspitze für den besten Kompromiss.

DISTEL: Nach den bereits gemachten Erfahrungen? Da haben doch weder das Duo Petry/Meuthen noch das Tandem Pretzell/Renner Modellcharakter!

Keith: Von außen betrachtet sprechen diese Beispiele tatsächlich gegen die Doppelspitze. Wenn man aber weiß, was tatsächlich zu den hinlänglich bekannten Zerwürfnissen geführt hat und diese Fehler vermeidet, erhält man die Vorteile und muss die Nachteile nicht in Kauf nehmen.

DISTEL: Was waren denn die Fehler?

Keith: Die jeweiligen Kontroversen sind so komplex, dass man sie kaum in wenigen Sätzen beschreiben kann. Es hat natürlich immer etwas mit den handelnden Personen zu tun.

DISTEL: Frauke Petry steht ja nicht mehr zur Verfügung und auch Jörg Meuthen nicht. Wer also wird's richten?

Keith: Petrys Abgang war ein Schlag ins Gesicht der Partei, der uns alle zutiefst enttäuscht hat. Die Entscheidung Meuthens, nach Brüssel zu gehen, ist dagegen ein in vielerlei Hinsicht ermutigendes Signal.

DISTEL: Weil er damit den Weg freimacht für einen glaubwürdigen Neuanfang im Bund?

Keith: Nicht nur. Er bringt einen professoralen Geist in das verstaubte Bürokraten-Kabinett und repräsentiert unsere junge Partei perfekt auf europäischer Bühne. Wenn er es richtig macht, und davon gehe ich aus, ist das ein 80-Stunden-Job. Chapeau, dass er das auf sich nimmt.

DISTEL: Wird er nicht fehlen als Bundessprecher?

Keith: Natürlich wird er das! Aber man kann eben nicht alles machen, und in Brüssel ist er für die Partei zweifellos wertvoller.

DISTEL: Gut, dann nochmals: Wer wird's richten?

Keith: Alice Weidel ist für mich die natürliche Kandidatin. Intelligent, weltgewandt, hochgebildet, eloquent und als Fraktionsvorsitzende mittlerweile ohnehin das Gesicht der Partei.

DISTEL: Und daneben?

Keith: Jemand mit Führungskompetenz, der Fähigkeit, strukturell zu arbeiten und mit Erfahrung als Sprecher eines größeren Verbands.

DISTEL: Das engt den Kreis ein auf weniger als ein Dutzend.

Keith: Vielleicht auch mehr. Aber es muss auch jemand sein, der einbinden und dennoch ein klares Wort sprechen kann. Er sollte zudem auch die partei-internen Verwaltungsabläufe kennen, das wird gerne unterschätzt. Und auch jemand, der nicht nur an Telefonkonferenzen teilnimmt, sondern tatsächlich vor Ort ist.

DISTEL: Ist das ein Kriterium?

Keith: Die persönliche Präsenz? Eine Bundesgeschäftsstelle, die nur von Mitarbeitern verwaltet wird, ist politisch weder glaubhaft noch handlungsfähig. Da sollten die Sprecher tatsächlich präsent sein. Wenn wir tatsächlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen wollen, ist das in der Tat ein wichtiges Kriterium.

DISTEL: Dann brauchen wir keine Glaskugel. Dein Favorit heißt Georg Pazderski.

Keith: Mein Favorit ist der kompetenteste und integerste Kandidat, der parteiloyal ist und Alice Weidel perfekt ergänzt. Wenn Sie meinen, das sei Georg Pazderski, kann ich allerdings nicht widersprechen.

DISTEL: Und wie bewertest du die Chancen, dass dieses Duo auch gewählt wird?

Keith: Nun, ich weiß nicht einmal, ob beide zur Verfügung stehen. Falls aber doch, würde ich die sehr hoch bewerten. Zumal sie eine Voraussetzung erfüllen, die ich für unabdingbar halte: sie würden auch auf persönlicher Ebene harmonieren. Mit das schlimmste, das einem Führungs-Duo passieren kann, sind gegenseitige Anfeindungen oder gar Intrigen. Das kann man bei Pazderski/Weidel ausschließen.

DISTEL: Sehen das denn auch die Delegierten? AfD-Parteitage sind bisher nicht immer durch leicht nachvollziehbare Wahlentscheidungen aufgefallen.

Keith: Ich glaube, da tut ihr unseren Delegierten Unrecht. Wir hätten es hier mit einer vollständig nachvollziehbaren Wahlalternative zu tun und ich bin sehr sicher, dass die Wahlberechtigten das auch würdigen würden.

DISTEL: Das wäre im Sinne der Partei zu wünschen. Vielen Dank, Andreas, für das aufschlussreiche Interview.

Anmerkung: DISTEL führte dieses Interview vor dem Bundesparteitag in Hannover am 2./3. Dezember. Tatsächlich wählten die Delegierten neben Prof. Jörg Meuthen noch Dr. Alexander Gauland zum neuen Bundessprecher. Zuvor scheiterte Georg Pazderski knapp bei der Wahl zum Sprecher und wurde zum ersten Stellvertreter gewählt. Dr. Alice Weidel rückte erneut als Beisitzerin in den Bundesvorstand.



#jungalternativeimpulse: „Humboldt, was tun?“

Von Carlo Clemens

Am Donnerstagabend, den 31. August 2017, fand in Essen die erste Podiumsdiskussion der JA NRW der neuen Reihe #jungalternativeimpulse statt, die der neugewählte Landesvorstand ins Leben gerufen hat. Zu Gast waren der AfD-Landtagsabgeordnete Helmut Seifen, sowie als JA-Vertreter Tomasz Froelich, Autor des Buches *Bildungsvielfalt statt Bildungseinfalt* (Fürstenberg 2015, 108 Seiten, 6,99 Euro). Unter Moderation des JA-Landesvorsitzenden Carlo Clemens diskutierte man gemeinsam die bildungspolitischen Positionen der AfD im Bundestagswahlprogramm. Inwiefern möchte die Partei das Rad der Zeit einfach nur zurückdrehen? Ist sie offen für neue Ansätze? Seifen, Jahrgang 1953, war seit 1981 Gymnasiallehrer für die Fächer Deutsch und Geschichte. Zuletzt war er Schullektor an einem Gymnasium im westfälischen Gronau. Bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wurde er auf Landeslistenplatz 6 in den Landtag gewählt und ist dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher. Seit Februar ist Seifen fachpolitischer Sprecher der AfD für Schul- und Weiterbildungspolitik. Der Stuttgarter Tomasz, Jahrgang 1988, studierte Politikwissenschaften in Wien und betreibt u.a. die libertäre Internetplattform *Freitum* (www.freitum.de). Seit letztem Jahr ist er persönlicher Referent und Büroleiter von Prof. Jörg Meuthen, seines Zeichens AfD-Bundessprecher und Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Einig war man sich in der Notwendigkeit eines vielgliedrigen Schulsystems. In Zeiten der künstlichen Überakademisierung müssten auch Haupt- und Realschulen gestärkt werden. Seifen betonte: „Unterricht kann nur dann effizient gestaltet werden, wenn die Lerngruppen einigermaßen homogen sind. Für die unterschiedlichen Begabungen der Schüler braucht es ein passgenaues Angebot. Schüler brauchen Erfolgserlebnisse.“ Das Modell der egalitären Gesamtschule lehnten beide Gäste ab. In einem differenzierten Schulwesen trage auch das duale Ausbildungssystem eine elementare Bedeutung. Dabei müsste die Politik, so Seifen, Sorge dafür tragen, dass das Image z.B. von Handwerksberufen steige und Lehrlinge bessere Löhne erhielten.

MdL Seifen übte deutliche Kritik an internationalen Vergleichsstudien wie PISA, die ganzheitliche Bildung auf Alltagsrelevanz und simples Wissen reduzierten und deutsche Bildungstraditionen außer Acht ließen. Kontrovers wurde anlässlich der Einführung islamischen Religionsunterrichts über die Frage diskutiert, inwiefern man Staat und Religion strikt trennen sollte. Beide Diskutanten betonten die christlich-abendländische Kulturprägung Deutschlands, aus der sie eine deutliche Vorrangstellung des Christentums für gerechtfertigt erachten.

In der Frage, ob man Homeschooling legalisieren sollte, setzten Seifen und Tomasz unterschiedliche Schwerpunkte. Tomasz sprach sich für Studiengeldern, für Bildungsgutscheine bei der Wahl zwischen staatlichen und privaten Schulen und für eine flexiblere, leistungsorientierte Bezahlung von Lehrern aus. Hier kam seine libertäre Grundhaltung zum Ausdruck: „Ich sehe ein grundsätzliches Problem in der Zentralisierung, insbesondere wenn Bildungsmonopolisten eine Marschroute vorgeben, die ins Verderben führt“, so Tomasz mit Blick auf die mittlerweile abgewählte grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg. „Ein Wettbewerb auf föderaler Ebene wirkt schon allein als Entmachtungsinstrument.“ Guter Unterricht würde sich auch für den Lehrer lohnen – inklusive Möglichkeiten, mit guten Gehältern von anderen Bildungseinrichtungen abgeworben zu werden. Seifen verteidigte das Beamtentum von Lehrern sowie das gebührenfreie Studium. Im konservativen Sinne berief sich der Oberstudienrektor aus der Praxis auf deutsche Bildungstraditionen, während Theoretiker Tomasz grundsätzlich mehr Offenheit für neue pädagogische Wege an den Tag legte.

Die Idee der Bildungsgutscheine, die er befürwortete, stammt z.B. von Milton Friedman und käme einer Revolution des Bildungssystems gleich. Steuerausgaben sollen demnach nicht mehr unmittelbar den Bildungsträgern zufließen, sondern direkt den Schülern und Auszubildenden bzw. deren Eltern in Form von Gutscheinen mit einem einlösbaren Betrag. Anhand eines solchen Gutscheins könnten Eltern bzw. Schüler selber entscheiden, welchen Bildungsträger sie in Anspruch nehmen. Dieses System würde garantieren, dass auch Schüler aus sozial schwachem Elternhaus grundsätzlich private Bildungsangebote wahrnehmen könnten. Es gäbe einen Wettbewerb der pädagogischen Methoden und Konzepte, eine regelrechte Vielfalt. Man hat gleichzeitig die Möglichkeit, staatlich-ideologischen Zwängen und Experimenten durch „Abstimmung mit den Füßen“ die Grundlage zu entziehen. Bildungsdienstleister wären aufgrund der transparenten Kosten konkret Rechenschaft pflichtig. Mit guten Angeboten müssten sie um Schüler konkurrieren. Dadurch werden Schuleinrichtungen weniger verschwenderisch, innovativer und interessenorientierter – so die Theorie. In Amazon könnt ihr für ein schlechtes Produkt im Internet eine negative Bewertung abgeben – wieso nicht auch bei Schulen? Es folgte eine offene Abschlussdiskussion mit den etwa 45 Zuschauern. In regelmäßigen Abständen sollen weitere Podiumsdiskussionen stattfinden, in denen Jung und Alt, Parteijugend und Mutterpartei, zu verschiedenen Zukunftsthemen aufeinander treffen: Rentenpolitik und Altersvorsorge, Energiewende, Digitalisierung, Identität und Migration usw. Mit der Veranstaltungsreihe #jungalternativeimpulse möchte die JA NRW ihren Auftrag als forscher Innovationsmotor innerhalb der AfD wahrnehmen.

Die AfD als Partei gegen den wachsenden Antisemitismus



Von Nils Wallmeyer

Es ist noch nicht lange her, genau genommen war es im Juli 2017, da erschien auf der Internetpräsenz der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein Artikel, in welchem der Zentralrat der Juden vor steigendem Antisemitismus in Deutschland warnte. Schnell war für Dr. Josef Schuster, den Vorsitzenden des Zentralrats, der Übeltäter ausgemacht: „Ich habe [...] das Gefühl, dass die AfD keine Hemmungen hätte, auch gegen jüdische Menschen zu hetzen, wenn es opportun wäre.“ Dass der in Deutschland rasch wachsende Juden Hass andere Gründe haben könne, zum Beispiel den millionenfachen Import von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis, kam Dr. Schuster nicht in den Sinn. Seit Dezember 2017 erübrigt sich diese Diskussion. Nachdem Donald Trump angekündigt hat, die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen und letzteres somit als israelische Hauptstadt anerkennt, brechen alle Dämme. Jüdische Versammlungen wie die Chanukka-Feste in Mühlheim und Duisburg, müssen aus Sicherheitsbedenken abgesagt werden. Demonstrationen mit tausenden Teilnehmern, die sich in Chören judenfeindlicher Parolen ergehen, sind an der Tagesordnung.

Plötzlich scheint das Establishment hellhörig zu werden, weiß die Ursache aber noch nicht genau zu verorten. Die AfD lässt sich dieses Mal nur schwer instrumentalisieren; aber zum Glück ist das Spektrum der Sündenböcke breiter. Nur Trump kann schuld sein an den Ausschreitungen und Hasswellen in Europa. Dass der sonst im Akkord heruntergebetete Vorwurf, er sei ein Rassist, nicht im Entferntesten mit seiner Israel-Politik zusammenpasst, spielt keine Rolle. Als erster amtierender Präsident der Vereinigten Staaten besuchte er die Klagemauer in Jerusalem und stärkt Israel, den einzigen Staat im Nahen Osten, der für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und ein friedliches Miteinander verschiedener Religionen einsteht, was den *Spiegel* nicht davon abhielt, Trump auf einer Titelseite mit Ku-Klux-Klan-Maske zu portraituren und auch der *Stern* keinen Widerspruch darin sah, ihn auf einem Cover mit Hitlergruß abzubilden.

Wenn die Alternative für Deutschland aber nicht schuld ist und auch Donald Trump nicht als Auslöser des Hasses gesehen werden kann, woher kommt der Antisemitismus hierzulande dann?

Der Juden Hass in Europa entsteht nicht gerade erst, er bricht nur hervor. Seit Jahrzehnten, und besonders in den letzten Jahren, strömen vermehrt Menschen in unser Land, die Israel und das sogenannte „Weltfinanzjudentum“ als Feind ausgemacht haben. Zum Teil berufen sie sich auf den Koran, in welchem der Jude als der Widersacher des Islams schlechthin tituliert wird, zum anderen auf wirre Verschwörungstheorien, die auch in links- und rechtsextremen Kreisen fest verankert sind.

Während der linke Antisemitismus sich auf Grund der deutschen Vergangenheit Mühe gibt, so subtil wie möglich zu sein, um sein effektivstes Meinungsunterdrückungsinstrument, die „Nazi-Keule“, nicht aus der Hand zu geben, ist der muslimische Duktus ganz unverhohlen. „Juden in das Gas“ wird dann skandiert oder „Chaibar, Chaibar, ya yahud, dschaisch Mohammed saya'ud!“, was so viel heißt wie: „Oh Ihr Juden! Mohammeds Heer kommt bald wieder!“ Lehrer berichten davon, dass Schüler verheimlichen, jüdischen Glaubens zu sein, damit sie nicht drangsaliert werden. In Schweden, dem angeblichen Vorzeigestaat für muslimische Einwanderung und Integration, werden Sy-

nagogen mit Molotowcocktails beworfen. Immer mehr jüdische Familien entscheiden sich für ein Leben in Israel.

Spätestens, wenn Menschen aus dem Gefühl heraus, nicht mehr sicher leben zu können, ein Land im Nahen Osten Europa vorziehen, sollten bei uns alle Alarmglocken schrillen. Entstanden ist das Problem aus dem naiven Glauben heraus, dass Einwanderer ihren Antijudaismus ablegen würden, wenn wir ihnen nur klar und deutlich sagen, dass ihr Hass keinen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft hat. Die unbequeme Wahrheit ist, dass, wer in Parallelgesellschaften lebt, sich in der Regel nicht für die Mitte der Gesellschaft interessiert. Und so gedeiht neben Schwulenfeindlichkeit und Frauenunterdrückung eben Juden Hass verstärkt weiter in Deutschland.

Eigentlich müsste man meinen, dass linke Agitatoren, die sonst in Dauerschleife vor angeblichen rechtsradikalen Tendenzen in der deutschen Bevölkerung warnen, die Phalanx schlechthin gegen importierten Antisemitismus bilden. Jedoch reicht schon ein flüchtiger Blick auf die Entstehungsgeschichte der Linken aus, um zu erkennen, dass ihre heiligsten Schirmherren selbst durch fragwürdigste Äußerung auffielen. So bezeichnete Karl Marx den Begründer der deutschen Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, in einem Brief an seinen Freund Friedrich Engels als einen „jüdischen Nigger“.

Zwar ist der Ton der Linken heute weniger rau, aber der Geist ist derselbe, wie eine dieses Jahr erschienene ARTE-Dokumentation zeigt. Die Parallelen zum Mittelalter sind unverkennbar. Hieß es früher „Der Jude“ so sagt man heute „Israel“, behauptete man im dunklen Zeitalter, Juden würden Brunnen vergiften, wird heute der Vorwurf laut, Israel würde palästinensisches Trinkwasser, und somit das ganze Mittelmeer, mit tödlichen Chemikalien versehen.

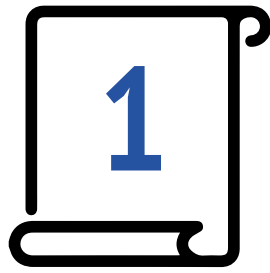
Wie Hohn erscheint es dann, wenn Vertreter linker und muslimischer Gruppen der AfD vorwerfen, für Juden Hass verantwortlich zu sein. Ein jeder ist eingeladen, mit Kippa und Davidstern einen unserer Parteitage zu besuchen und anschließend, behangen mit denselben religiösen Symbolen, durch ein Problemviertel wie Duisburg-Marxloh oder Brüssel-Molenbeek zu laufen. Wo es für Juden in Deutschland und Europa wirklich gefährlich ist, wird dann schnell klar. Bestimmt nicht in Gesellschaft jener Partei, deren frisch gewählter Bundessprecher vor kurzem noch sagte, die AfD stehe fest an der Seite Israels. Genauso wenig in Gegenwart der Jungen Alternative, welche sich in Israel-freundlichen Gruppen („JA zu Israel“) organisiert und Juden in ihren eigenen Reihen hat.

Es verwundert also, wenn der eingangs erwähnte Dr. Schuster sagt, er hätte das Gefühl, dass wir keine Hemmungen hätten, auch gegen Juden zu hetzen, „wenn es opportun wäre.“ Unter allen Anwürfen, denen man sich als Mitglied der AfD ausgesetzt sieht, ist Opportunismus doch der Seltenste. Wie auch immer man zu unseren Positionen stehen mag: dem politischen Mainstream angepasst sind sie sicher nicht. Opportun ist es vielmehr, medial über wachsenden Antisemitismus in Deutschland zu klagen, die wahren Verursacher des Problems aber unerwähnt zu lassen.

Es gibt nur eine Partei, die den in Deutschland lebenden Juden Schutz vor wachsendem Antisemitismus bietet und das ist die Alternative für Deutschland. Sollten wir also das nächste Mal im Zusammenhang mit diesem Thema erwähnt werden, dann besser als Wahlempfehlung.

Manifest der JA NRW: Zehn Impulse

Von Zacharias Schalley, Peter Kayser und Karsten Jungnitsch



Wir sind jung!

Wir von der JA sind die Stimme der Jugend in der AfD. Wir repräsentieren die Schüler, Studenten und Azubis. Die politischen Entscheidungen von heute werden unser Leben prägen. Deshalb haben wir den Anspruch, unsere Zukunft aktiv mitzugestalten. Die Leidenschaft der Jugend gibt uns das Recht, frecher und zorniger zu sein als unsere Mutterpartei.

Wir sind freiheitlich!

Wir wehren uns gegen Übergriffe eines Staates, der nicht mehr die Rechte des Einzelnen schützt, sondern das Privatleben seiner Bürger lenken möchte. Wer die Rechte der Bürger im Namen eines Wohlfühl-Totalitarismus beschneidet, ist ein Feind der Freiheit.



Wir sind konservativ!

Die Bewahrung überlieferter Kultur, Tradition und der damit verbundenen Werte ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Erst durch dieses komplexe Zusammenspiel wird ein funktionierendes Gemeinwesen möglich. Was sich über Jahrhunderte entwickelt hat, darf nicht innerhalb von wenigen Jahren durch linke Gesellschaftsexperimente zerstört werden.

Wir sind patriotisch!

Die Liebe zu unserer Heimat ist das Band, das uns in unserer politischen Arbeit eint. Der Nationalstaat als Grundlage unserer Demokratie und Souveränität schützt unsere Freiheit und ist das Bollwerk gegen eine maßlose Globalisierung.



Wir sind die Wagenburg!

Die AfD wird von der politischen Konkurrenz nicht als gleichberechtigter Mitbewerber akzeptiert und deshalb ausgegrenzt. Die Reaktion darauf muss die Bildung einer geistigen Wagenburg sein, aus der heraus wir geschlossen den politischen Feind attackieren. Der Meinungspluralismus innerhalb der Wagenburg darf nicht als Hindernis wahrgenommen werden. Er ist unsere Stärke, die wir gegenüber den erstarrten Altparteien haben.

Wir sind die Alternative!

Als JA werden wir immer den Anspruch vertreten, eine echte Alternative zu sein. Wir biedern uns nicht bei den Kartellparteien an oder lassen uns auf Basis fauler Kompromisse kaufen. Wir wollen die fehlgeleitete Politik von Jahrzehnten verändern und nicht bloß kurzfristige Wahlerfolge erzielen.

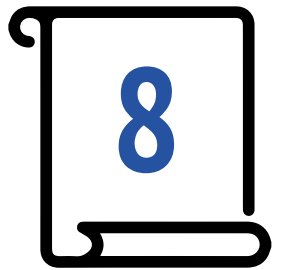


Wir reden über die großen Themen!

Es ist das Recht der Jugend, die Welt verändern zu wollen. Diese wache Kraft der Jugend wollen wir nutzen, um endlich die Debatten zu führen, die unser Land so dringend braucht. Dabei nehmen wir kein Blatt vor dem Mund. So entstehen Ideen, welche die AfD maßgeblich beeinflussen.

Wir leben Demokratie!

Festgefahrene Machtstrukturen, wie sie in den Altparteien vorzufinden sind, verhindern politischen Kurskorrekturen. Das Ergebnis ist eine Politik, die den Bürgern von oben herab vorschreiben möchte, was sie denken sollen. Diesen unhaltbaren Zustand wollen wir durch den Ausbau von direkter Demokratie überwinden.



Wir befreien die Sprache!

Unser Wille zum freien Wort und die Ablehnung von Sprechverboten und Zensur im Namen einer politischen Korrektheit geben uns den Mut, das Selbstverständliche auszusprechen. Wir kämpfen gegen die Diffamierung von Andersdenkenden und wollen die Diskussionsfreudigkeit der Bürger wiederbeleben.

Wir erkennen Verantwortung!

Wer im Namen Dritter politisch gestaltet, trägt persönlich Verantwortung für andere. Wir sind uns unserer Verantwortung in Demut bewusst und stehen für einen Politikstil, der Abstand von linksideologischen Gesellschaftsexperimenten hält. Wir weigern uns, den von unseren Vorfahren erarbeiteten Wohlstand und Zusammenhalt einer egalitären One-World-Utopie zu opfern!



Die Preußen Asiens: Reisebericht aus Japan

Von Luca Hofrath

Seit September befinde ich mich nun in Japan und mache hier – im Anschluss an mein Abitur – ein Jahr lang ein Freiwilliges Soziales Jahr in einer Einrichtung für Senioren.

Meine Ziele in diesem Jahr sind, ein anderes Land und eine interessante Kultur kennenzulernen. Außerdem erhoffe ich mir, meinen persönlichen Horizont zu erweitern und Erfahrung für mein weiteres Leben zu sammeln. Aber auch der soziale Aspekt spielt für mich eine große Rolle, da ich immer jemand war, der hilfsbereit und engagiert ist.

Dafür ist Japan, so meine ich, bestens geeignet, da es hier wirklich komplett anders ist als in Deutschland und Europa. Zudem kommt man hier als Ausländer, der die japanische Sprache noch nicht beherrscht, schwieriger klar als in anderen Ländern. Hier muss ich lernen, erwachsen zu werden und alleine klarzukommen.

Die kulturellen Unterschiede fallen überall auf. In Japan geht man beispielsweise Konflikten lieber aus dem Weg und redet um den heißen Brei. Auf der anderen Seite ist der Umgang miteinander auch sehr respektvoll – ich würde sagen auch respektvoller als in Deutschland. Im Gegensatz zu Deutschland spielen in Japan Respekt vor Älteren, Ehre und Heimatliebe eine große Rolle. Das Land ist, was die Werte angeht, deutlich traditioneller eingestellt als Deutschland. Mir als Patriot gefällt dies natürlich sehr.

Doch die Kultur kann auch sehr anstrengend sein. Denn man weiß oft nie, ob das Gegenüber seine wirklichen Gefühle zeigt oder sie nur aus Respekt vor mir verbirgt. Zudem ist die Arbeitsmoral deutlich härter. Auf Arbeit wird in Japan sehr viel Wert gelegt, was partout nicht schlecht ist, aber hier meines Erachtens sehr übertrieben wird.

Nicht ohne Grund sterben jedes Jahr viele Japaner an Überarbeitung, auf japanisch *karōshi* genannt.

Die Hierarchie spielt auf der Arbeit eine sehr große Rolle. Man merkt dies beispielsweise daran, dass der Chef nie kritisiert wird.



Doch außerhalb der Arbeit sind die Japaner meistens ein sehr lockeres und umgangsfreudiges Volk. Man kann mit ihnen gut feiern und was trinken gehen. Bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen merkt man, dass das Land zwischen Tradition und Moderne steht. Man hört öfter westliche Musik, trägt westliche Kleidung und spricht mehr Englisch als der Rest der Japaner. Englisch wird in Japan generell sehr selten gesprochen.

Auch in der Geografie und dem Stadtbild spiegeln sich die Unterschiede wieder. Japan ist ein sehr bergiges Land und besitzt große Waldflächen. Außerdem ist Japan klimatisch vollkommen anders: heiße und tropische Sommer wechseln sich ab mit einem kalten, stürmischen Winter. Bislang habe ich schon zwei heftige Taifune mit erlebt, die für die Japaner aber völlig normal sind.

Da die Bevölkerungsdichte in Japan sehr groß ist, ist auch die Bebauung in den Städten deutlich dichter. Die Wohnungen sind kleiner, Hochhäuser sind überall zu sehen und Grünflächen deutlich seltener als in Deutschland.

Die Esskultur ist verständlicherweise ebenfalls komplett anders. Schlürfen ist erlaubt und drückt aus, dass es einem schmeckt. Auch Rülpsen ist nicht so verpönt wie bei uns. Man isst bekanntlich mit Stäbchen. Messer und Gabel werden selten verwendet. Kulinarische Unterschiede findet man bei der deutlich weniger ausgeprägten Verwendung von Gewürzen und häufigem Verzehr von Fisch (was mir nicht so gut bekommt).

Doch es gibt auch einige Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und Japanern. Wie bereits gesagt, sehen die Japaner wie wir Deutschen die Arbeit als sehr wichtig an. Disziplin und Durchhaltevermögen sind Tugenden, die unsere beiden Völker verbinden. Auch in unserer Geschichte gibt es viele Parallelen, zum Beispiel dass sowohl Japan als auch Deutschland spät geeinigt und modernisiert wurden. Nicht umsonst werden die Japaner auch oft als die „Preußen Asiens“ bezeichnet.

Bisher wurden viele meiner Erwartungen erfüllt. Ich lerne definitiv eine völlig andere Kultur kennen. Ob ich nach diesem Jahr mehr Erfahrung habe und mich als Erwachsenen sehen kann, wird sich zeigen. Ich werde bis dahin versuchen möglichst viel zu entdecken und mitzunehmen.



Gehört der Islam architektonisch zu Deutschland?



Von Alexander Rotter

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ Dieser Satz aus dem Bundesprogramm der AfD schlug mächtige Wellen und wurde auch eifrig von den Fürsprechern der heilen Multikulti-Welt angegriffen.

Doch ist an diesem Satz denn gar nichts dran? Freilich gehören Millionen von Muslimen mittlerweile zu diesem Land, doch ist es ebenso eine unbestreitbare Tatsache, dass der Islam, von wenigen Ausnahmen einmal abgesehen, keinen kulturell prägenden Einfluss auf Europa und Deutschland bis ins letzte Jahrhundert hinein hatte.

Die aber vielleicht am deutlichsten sichtbaren Spuren, die der Islam in Deutschland während der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts hinterlassen hat, sind in Stadtbild und Architektur zu finden. In den meisten westdeutschen Großstädten kann man Straßenzüge und Viertel beobachten, in denen vom Turkish-Airlines-Reisebüro über die Halal-Metzgerei bis zur Islamischen Bank alles zu finden ist, was zum islamischen Kulturraum gehört. Befremdlich wirkt es nur, dass dies inmitten von Fachwerk und Jugendstilstück zu sehen ist.

Noch deutlichere Spuren aber als diese parallelgesellschaftliche Infrastruktur sind die immer zahlreicher und größer werdenden Moscheebauten. Zwei besonders interessante, da von Grund auf verschiedene Beispiele seien hier einmal genauer betrachtet.

Die erste ist die Merkez-Moschee in Duisburg. Diese 2008 eröffnete und von der Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB) betriebene Großmoschee gehört mit einer Kapazität von 1200 Gläubigen und seinem 800 Quadratmetern großen Gebetsraum zu den größten Moscheen Deutschlands. Aus architektonischer und geschichtlicher Sicht ist sie besonders auffällig, da sie durchweg im Stil osmanischer (also eigentlich byzantinischer) Architektur gehalten ist. Der Betrachter wird sich nur zu Recht

an die ehemals byzantinische Kirche „Hagia Sophia“ erinnern fühlen. Architekturgeschichtlich interessant ist sie vor allem dadurch, dass sie mehr Kopie der osmanischen Spielart islamischer Architektur ist, als eine Synthese aus islamischer Typologie und heimischer Bautradition. Denn während der ersten Jahrhunderte islamischer Expansion, fügten sich Moscheen überall in die Architektur der neu eroberten Gebiete ein.

Die zweite Moschee ist das Islamische Forum im bayerischen Penzberg. 2005 eröffnet und für ihre etwa 600 Gemeindemitglieder ausgelegt, ist sie wenige Jahre älter, wirkt aber mit ihrer modernen Architektur trotzdem ungleich moderner, neuer. Einzig das mit orientalischen Ornamenten filigran geschmückte Minarett lässt den sakralen Zweck des Gebäudes erahnen. Ansonsten war der Architekt dieser Moschee darum bemüht, einen eigenständigen, mitteleuropäischen Moscheestil zu entwickeln. Dabei wurden die lokale Geschichte und ortsübliche Materialien in den Entwurf einbezogen: der durchbrochene Stahl des Minaretts bezieht sich auf den ehemaligen Abbau von Eisenerz in Penzberg und die Fassade ist mit Steinen aus der Region verkleidet. Die Richtung Mekka weisende Fassade ist zudem voll verglast, womit eine bewusste Auflösung der Grenze zwischen Außen- und Innenraum betrieben wurde.

Hält man also beide Moscheen gegeneinander, so repräsentieren beide nicht nur ganz unterschiedliche Architekturstile, sondern ganz grundverschiedene Spielarten des Islams. Einerseits die unmittelbar der türkischen Religionsbehörde unterstehende DİTİB-Moschee in Duisburg, ein eher klobiger osmanischer Prachtbau, der wie ein Fremdkörper wirkt und sich gar nicht in das mitteleuropäische Stadtbild integrieren will. Andererseits eine modern und betont offen gestaltete Moschee, die zwei Drittel der Gebäudelfläche als Begegnungszentrum mit einer Multimedia-Bibliothek für alle Bürger zur Verfügung stellt und sich bewusst einzufügen versucht in Stadtbild und Bevölkerung.

Der staatliche und gesellschaftliche Selbstmord



Von Nicolai Boudaghi

Eine Partei wie die AfD hat aus meiner Sicht zwei Aufgaben: Sie muss den gesellschaftlichen Kontext analysieren und im Verhältnis zu den Widerständen, die sie im Zuge dieser Analyse erwarten, die Form von Lösungen anbieten, die es ihr erlauben, nicht komplett vom gesellschaftlichen Diskurs ausgeschlossen zu werden. Ein Spagat-Spiel mit dem Dreirad, das in einer so jungen Bewegung wie der unseren nicht einfach erscheint. Doch wie sehen dieser Kontext und das Bild der Menschen abseits der üblichen Mainstreamszenerarien aus?

Ich möchte das zwanghafte Verhalten der Deutschen mal aus einer anderen Perspektive beleuchten. Der Franzose Emil Dürkheim fand einst in seiner berühmten Selbstmordstudie Ende des 19. Jahrhunderts heraus, dass Selbstmordraten nicht nur in Krisenzeiten steigen, sondern auch in Zeiten des sozialen Wohlstands, weil althergebrachte Verteilungen und Strukturen sich auflösen. Es kommt zu einer Störung der kollektiven Ordnung. Jede Störung des Gleichgewichts, sogar wenn sie einen größeren Wohlstand zur Folge hat oder eine Stärkung der allgemeinen Vitalität, treibt die Selbstmordrate in die Höhe. Jedes Mal, wenn es im sozialen Körper tief greifende Umstellungen gibt, sei es infolge plötzlichen Wachstums oder nach unerwarteten Erschütterungen, gibt der Mensch der Versuchung zum Selbstmord leichter nach. Daran anschließen, möchte ich nun die folgende Definition:

„Man nennt Selbstmord jeden Todesfall, der indirekt oder direkt auf eine Handlung oder Unterlassung zurückzuführen ist, die vom Opfer selbst begangen wurde, wobei es das Ergebnis seines Verhaltens im Voraus kannte.“

Ich unterstelle der deutschen Bevölkerung einfach, dass sie sich ihres Handelns bewusst ist. Argumentativ reicht hier ein Blick auf das Verhalten bestimmter Kreise. Diese schicken ihre Kinder, entgegen der öffentlich schwärmerischen Absichten, nicht auf die oft von bestimmten Migrantengruppen überrannten öffentlichen Schulen, sondern auf private Einrichtungen. Auch wehren sie sich mit aller Kraft gegen Flüchtlingsheime in ihren Stadtteilen. Wenn sie an die Vision ihrer eigenen Ideen glauben würden, wäre so ein Verhalten undenkbar.

Überträgt man nun die Situation auf die heutige politische Lage in Deutsch-

land, so machen die Freitodabsichten eines Großteils der Bevölkerung noch eher einen Sinn. Statt sich kollektiv in den Tod zu stürzen, massakrieren und verstümmeln sie sich und ihre Umgebung lieber. Eine Regulation, also der Grad der Lenkung von Individuen durch Normen und Werte, ist quasi nicht mehr vorhanden. Regulation und soziale Integration sind aber die Hauptkriterien, um die Selbstmordrate in einer Gesellschaft niedrig zu halten, wenn es nach Dürkheim geht.

Intermediäre Gruppen, welche die Normen und soziale Integration stärken, könnten, etwa Familie und Kirche, haben ihre Deutungshoheit verloren. Was also bleibt dem deutschen Bundesbürger mit seinem Wohlstandsverwöhnten und dennoch immer leeren Magen anderes übrig, als die Abschaffung der eigenen Nation voran zu treiben? Ein zutiefst egoistischer Selbstmord der modernen, tendenziell individualistischen Gesellschaften.

Das Individuum ist alles, die Einbettung in ein Kollektiv kaum noch möglich. Ein ungesunder Zustand, der in Kombination mit den historischen Besonderheiten der letzten 50 Jahre unsere Nation in eine schwierige Lage gebracht hat. Nun die AfD und die ihr angeschlossenen breiten Bewegungen könnten ein Teil der Lösung sein.

Solange sich das Staatswesen in der Hand gesellschaftszerstörerischer Kräfte befindet, liefern die Partei und ihre Vorfeldorganisationen Menschen die Möglichkeit, gewisse intermediäre Gruppen wiederzubeleben und ihren Einsatz zumindest teilweise zu ersetzen. Regulation und soziale Integration steigen wieder an. So werden Teile der Gesellschaft vor dem Einfluss des linken Staates geschützt.

Dieser Staat, der es sich offenbar zur Staatsaufgabe gemacht hat, diesen kollektiven Selbstmord voran zu treiben, versucht die Menschen natürlicherweise wieder aus der Partei herauszulösen. Dabei versucht er die moralische Krise, in der die Menschen stecken, für seine Zwecke zu missbrauchen. Mit eher schwachem Erfolg bisher. Für die Menschen verliert so ein Staatswesen im Endeffekt an Legitimation. Es widerspricht den Kerninteressen eines demokratischen Staates, gegen seine eigene Bevölkerung zu arbeiten. Wir als die Verkörperung dieses Legitimationsverlustes, werden allein deshalb so lange weiter existieren, bis wir entweder als Nation verschwunden sind, oder sich diese Tendenzen in Deutschland grundlegend geändert haben.

Der gesellschaftliche Kontext: Gibt es wissenschaftliche Ethik?

Von Karsten Jungnitsch

Rolf Peter Sieferle beschreibt in seinem Buch *Das Migrationsproblem* den Konflikt zwischen normativer Ethik und empirischer Moral. Er verdeutlicht die Problematik anhand eines Beispiels von Adam Smith: „Angenommen, wir erfahren, dass uns morgen ein Finger abgeschnitten werden soll. Gleichzeitig erfahren wir, dass morgen eine Million Chinesen umkommen werden. Welche Nachricht berührt uns stärker?“ Es ist eindeutig, was in diesem Beispiel als das schlimmere Ereignis gilt. Trotzdem können wir uns nicht von unserer subjektiven Sicht auf die Welt lösen.

Dies ist ein Hinweis, dass sich Moralphilosophien mit einem objektiven Anspruch in der Wirklichkeit nicht umsetzen lassen. In diesem Text werde ich versuchen, eine neue Perspektive auf die Ethik aufzuzeigen, indem ich mich auf unseren wissenschaftlichen Anspruch berufe und gängige philosophische Betrachtungsweisen kritisiere. Im Gegensatz zur Philosophie geht es in der Wissenschaft darum, die Welt systematisch durch reproduzierbare Messungen und Beobachtungen zu erforschen.

Mensch und Moral

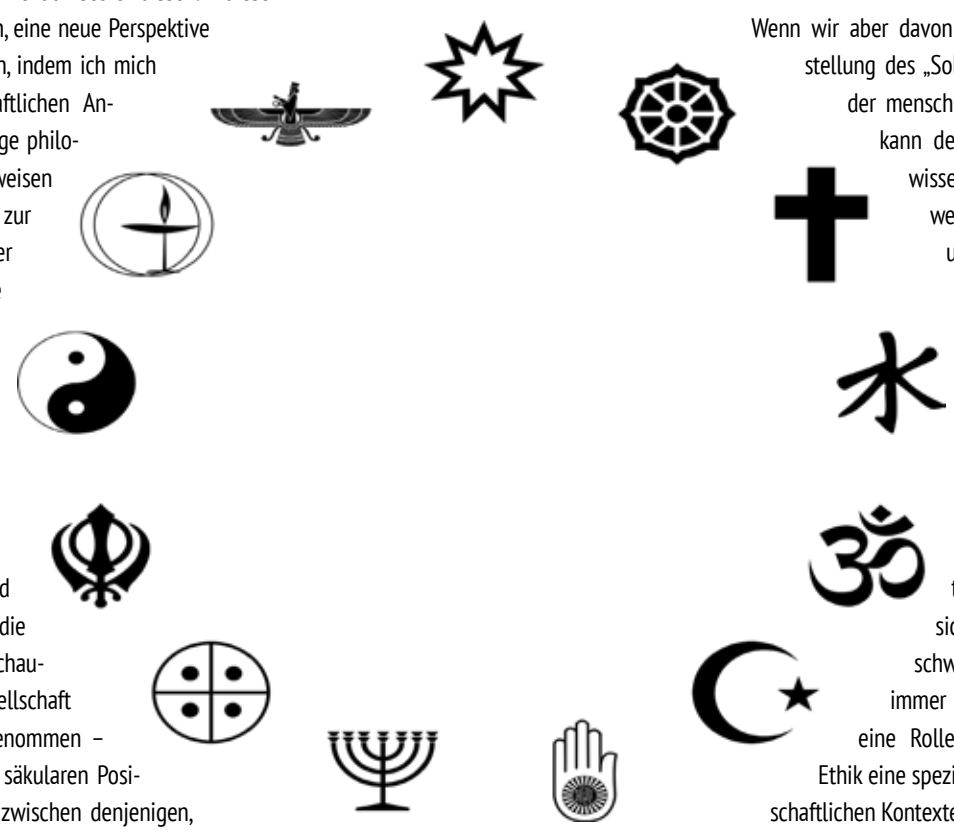
Der US-amerikanische Soziobiologe Edward Wilson beschreibt, dass die Trennlinie der Weltanschauungen in unserer Gesellschaft nicht – wie häufig angenommen – zwischen religiösen und säkularen Positionen verläuft, sondern zwischen denjenigen, die glauben, moralische Werte seien unabhängig vom Menschen und denen, die sie ausschließlich auf den Menschen zurückführen.

Wenn wir die Naturwissenschaften ernst nehmen, dann ist nur die zweite Option sinnvoll. Aus der Position des Universums hat ein Mensch keinen Wert. Es handelt sich bloß um eine Ansammlung von Atomen, die sich auf einem Planeten befinden. Wenn wir uns die Verwendung des Wortes „Wert“ in der Sprache anschauen, wird deutlich, dass einem Objekt ein Wert immer nur von einer oder mehreren Personen zugeschrieben werden kann. Es ist also der Mensch, für den andere Menschen einen Wert darstellen. Aus diesem Grund sollten wir uns den Menschen anschauen: welche Eigenschaften bringen ihn dazu, Dingen einen ethischen Wert zuzuweisen?

Probleme der Philosophie

Aus dieser Perspektive erscheint der Versuch mancher Philosophen, eine Letzt-

begründung für die Ethik zu finden, als naiv. Bei dem Begriff der Letztbegründung scheint es sich um eine sprachliche Täuschung zu handeln. Sie entsteht dadurch, dass wir das Wort formulieren können. In der Wirklichkeit braucht aber jede Begründung wiederum eine weitere Begründung. Ähnlich wie in der Sprache jede Definition wieder auf einer anderen Definition beruht. Oft wird in der Philosophie bezüglich der Ethik mit Humes Gesetz argumentiert, dass nämlich logisch aus einem „Sein“ kein „Sollen“ abgeleitet werden kann. Ein Beispiel wäre, dass aus einem Recht des Stärkeren in der Natur (sein) nicht darauf geschlossen werden kann, dass dies moralisch richtig ist (sollen). So wird argumentiert, dass die Wissenschaft nur das „Sein“ beschreiben kann, was dazu führt, dass Überlegungen bezüglich des „Sollens“ zwangsläufig in den Bereich der Philosophie fallen.



Wenn wir aber davon ausgehen, dass die Vorstellung des „Sollens“ seinen Ursprung in der menschlichen Biologie hat, dann kann der Ursprung des „Sollens“ wissenschaftlich untersucht werden. Der Mensch ist oft unentschieden, was gut oder schlecht ist, weil er konkurrierende Konzepte verinnerlicht hat. Ihm kann somit durch Wissen über die Ursprünge seiner Vorstellungen dabei geholfen werden, eine Entscheidung zu treffen. Das „Sollen“ lässt sich daher sowieso nur schwer generalisieren, weil immer die spezifischen Ursachen eine Rolle spielen. Damit braucht Ethik eine spezifische Analyse des gesellschaftlichen Kontextes.

Eine neue Perspektive

Damit wird die Ethik von einem objektiven, abstrakten Konstrukt zu einer an das Subjekt gebundenen Eigenschaft. Dadurch werden wir uns bewusst, dass wenn ethische Begriffe verwendet werden, sich diese immer auf den gesellschaftlichen Kulturkreis beziehen, aus dem sie stammen. Um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen: Dass Ethik subjektiv ist, macht uns auch nicht amoralisch, denn wir akzeptieren, dass wir unserem eigenen Gewissen nicht entkommen können. Ethik ist also einerseits relativ, andererseits für uns selbst bindend. Auch wenn ein Individuum zu anderen Schlüssen kommen kann als die es umgebende Gesellschaft, so gibt es doch weiterhin eine gemeinsame Basis moralischer Werte. Somit lassen sich die durch unsere Sozialisation eingepprägten moralischen Wertvorstellungen nicht beliebig umformen. ▶

Die moralische Bewertung einer Handlung hängt auch immer von den daraus resultierenden Folgen ab. Diese sind aber so vielfältig und komplex, dass sie sich nur sehr schwer einordnen lassen. Damit lässt sich wiederum jede Handlung moralisch anzweifeln, weshalb für eine Gesellschaft verinnerlichte Werte und Gewohnheiten eine große Rolle spielen. Durch diesen Mechanismus wird auf Erfahrungen der Vergangenheit zurückgegriffen. Diese lassen sich wiederum wissenschaftlich analysieren und einordnen.

Lösung moralischer Konflikte

Wir dürfen nicht länger versuchen, ethische Probleme rein theoretisch auf einem abstrakten Reißbrett zu lösen. Sie hängen immer von den speziellen gesellschaftlichen Umständen ab und diese gilt es systematisch zu analysieren. Es braucht somit eine Wissenschaft der Ethik, die auf Erkenntnisse aus der Moralpsychologie, der Anthropologie und der Soziologie der Moral zurückgreift. Diese muss durch eine konkrete sozialwissenschaftliche und historische Ana-

lyse der Moral in der betroffenen Gesellschaft ergänzt werden. Das dadurch gewonnene Wissen kann zur Lösung moralischer Konflikte beitragen. Dabei muss aber festgestellt werden, dass insbesondere die Psychologie und die Sozialwissenschaften Forschungsfelder sind, die erhebliche Probleme haben, ihrem wissenschaftlichen Anspruch zu genügen. Immer wieder werden Statistiken falsch ausgewertet. Experimente lassen sich nicht reproduzieren. Trotzdem gibt es bereits unmittelbare Folgen aus dem Perspektivwechsel. Wenn Ethik von den biologischen Grundvoraussetzungen abhängt und sich aus historisch in einer Gesellschaft gewachsenen Konzepten entwickelt, dann erscheint die Idee einer multikulturellen Gesellschaft höchst problematisch. Da sich die für die Begründung der Ethik verwendeten Wertesysteme fundamental unterscheiden, kommt es zu einer Konkurrenzsituation. Es entsteht ein großes Konfliktpotenzial, das auf moralischer Ebene nur durch einen langwierigen Prozess der Vereinheitlichung gelöst werden kann.

Schatzkiste: Ernst Jünger – Der Waldgang

Von Zacharias Schalley

Diese erste Besprechung in der Rubrik „Schatzkiste“ soll dazu dienen, einen Vorschlag für einen kleinen Kanon an Literatur zusammen zu stellen, auf dessen Basis die Ideenwelt und das Selbstverständnis unserer Partei basieren. Als erstes Werk wurde dafür Ernst Jüngers Essay *Der Waldgang* von 1951 ausgesucht.

Ernst Jünger, hochdekorierter Held des Ersten Weltkriegs, war zeitlebens ein politisch-philosophischer Autor, dessen Werke sich immer kritisch mit der Zeit, in der er lebte, auseinandersetzten. Zu Beginn seines literarischen Schaffens ein Vertreter der sogenannten Konservativen Revolution, wandte er sich später der politischen Sphäre ab und den philosophischen Themen zu, die jedoch seine geistige Schule nicht verleugnen konnten.

Ausgangspunkt für Jüngers Überlegungen im Waldgang ist ein ganz ähnlicher wie das Gründungsmomentum der AfD: Was tun, wenn bei Wahlen keine wirkliche Alternative zur Verfügung steht? Was tun, wenn der Staat sich nicht mehr an Recht und Gesetz hält und man im Rahmen der vom Staat gegebenen Ordnung keine Änderung herbei führen kann?

Den Zustand, der vor der Gründung der AfD herrschte, beschreibt Jünger folgendermaßen:

„Betrachten wir etwa die Freiheiten und Rechte des Einzelnen in ihrem Verhältnis zur Autorität. Sie werden durch die Verfassung bestimmt. Freilich wird man immer wieder und leider wohl auch noch für längere Zeit mit der Verletzung dieser Rechte rechnen müssen, sei es durch den Staat, sei es durch eine Partei, die sich des Staates bemächtigt, sei es durch einen fremden Eindringling oder durch kombinierte Zugriffe. Man kann wohl sagen, dass sich die Massen, wenigstens bei uns zu Lande, in einem Zustand befinden, in dem sie Verfassungsverletzungen kaum noch wahrnehmen. Wo

dieses Bewusstsein einmal verloren gegangen ist, wird es künstlich nicht wieder hergestellt.“

Jünger sieht in jeder staatlichen Autorität die Keimzelle für eine übergriffige Herrschaft, die die Freiheitssphäre seiner Bürger irgendwann zwangsläufig im Rahmen zunehmender Verfassungsbrüche einschränken wird. Er schreibt weiter: „Die Rechtsverletzung kann auch legalen Anstrich tragen, etwa dadurch, dass die herrschende Partei eine verfassungsändernde Mehrheit bewirkt. Die Mehrheit kann zugleich Recht haben und Unrecht tun: der Widerspruch geht in einfache Köpfe nicht hinein. Bereits bei den Abstimmungen lässt sich oft schwer entscheiden, wo das Recht aufhört und die Gewalt beginnt.“

Gerade uns als AfDler muss dies doch sehr vertraut vorkommen. Und genau bei der Erkenntnis dieses Zustandes beginnt bei Jünger eine Geistes- und Widerstandshaltung, die er den Waldgänger nennt:

„Es wird also vom Einzelnen ein hoher Mut erwartet, man verlangt von ihm, dass er allein, auch gegen die Macht des Staates, dem Recht handhafte Hilfe leiht. Man wird bezweifeln, dass solche Menschen zu finden sind. Indes sie werden auftauchen und sind dann Waldgänger. Auch unfreiwillig wird dieser Typus in das Geschichtsbild treten, denn es gibt Formen des Zwanges, die keine Wahl lassen. Freilich muss Eignung hinzukommen. Auch Wilhelm Tell geriet wider seinen Willen in den Konflikt. Dann aber bewies er sich als Waldgänger, als Einzelner, in dem das Volk sich seiner Urkraft dem Zwingherrn gegenüber bewusst wurde.“

Diese Waldgänger, diese Wilhelm Tells, diese Widerstandskämpfer sind wir, ist die Alternative für Deutschland. Wir haben nur uns als Kampfgenossen



gegen einen Staat, der derzeit die Barbarei, Vergewaltigung und Terrorismus in unser Land einlädt. Auch dieser Tage erleben wir, dass die Mehrheit im Deutschen Bundestag unsere verfasste Freiheitsordnung, unser Grundgesetz, missachtet und mit Füßen tritt. Dieser Bundestag handelt, wie von Jünger beschrieben, stets mit legalem Anstrich. Seine Verfassungsverletzungen sind immer von einer breiten Mehrheit des hohen Hauses getragen. Doch schafft die Mehrheit wirklich das Recht und kann die Mehrheit selbst die Verfassung, als verbrieft Freiheitsordnung unseres Volkes, außer Kraft setzen? Wir als AfD sind, unseren europäischen Schwesterparteien gleich, dieses demokratisch-denknotwendige Korrektiv.

Und auch die Methoden, mit denen das Parteien- und Meinungskartell versucht, die AfD zu diskreditieren, hat Ernst Jünger, damals unter dem Eindruck totalitärer Regime rechter wie linker Couleur, bereits erahnt: „Es ist nun das natürliche Bestreben der Machthaber, den legalen Widerstand und selbst die Nichtannahme ihrer Ansprüche als verbrecherisch darzustellen, und diese Absicht bildet besondere Zweige bei der Gewaltanwendung und ihrer Propaganda aus. Dazu gehört auch, dass sie in ihrer Rangordnung den gemeinen Verbrecher höher stellen als jenen, der ihren Absichten widerspricht.“

Und so kommt es, dass die AfD als geistiger Erbe des verbrecherischen Nationalsozialismus dargestellt wird, aber Vergewaltigern, Mördern und Terroristen mit Beten und Liebe begegnet werden soll, wie Margot Käßmann forderte. Dazu formulierte Jünger hellsichtig: „Wenn alle Institutionen zweifelhaft oder sogar anrüchig werden und man selbst in den Kirchen nicht etwa für die Verfolgten, sondern die Verfolger öffentlich beten hört, dann geht die

sittliche Verantwortung auf den Einzelnen über oder, besser gesagt, auf den noch ungebrochenen Einzelnen.“

Und dieser Einzelne, der sich zum Waldgänger entschlossen hat findet sich nun mit anderen Waldgängern in unserer Partei zusammen im Bewusstsein, dass Konformität der einfache und bequemere Weg gewesen wäre. Aber er will „sich jedoch nicht darauf beschränken, im oberen Stockwerk das Wahre und Gute zu erkennen, während im Keller den Mitmenschen die Haut abgezogen wird.“

Auch wenn diese Formulierung vielleicht etwas drastisch ist, so steht sie auch mahnend für manche Orte in der Welt, aus der wir uns gerade die Henker importieren. In diesem Sinne, der Abschaffung Deutschlands und des deutschen Volkes, ist der Waldgänger auch der, der „durch den großen Prozeß vereinzelt und heimatlos geworden, sich endlich der Vernichtung ausgeliefert sieht (...) und den, vielleicht aussichtslosen Kampf zu führen gedenkt. Waldgänger ist also jener, der ein ursprüngliches Verhältnis zur Freiheit besitzt.“

Wir alle können aus diesem Werk den Zusammenhalt und Mut schöpfen, den wir brauchen, um gemeinsam den Kampf zu bestehen. Denn der entschlossene Waldgänger kann „selbst Heere lähmen“ und spornt durch sein Beispiel andere zum Waldgang an.

Ernst Jünger: Der Waldgang. Stuttgart 2017. 101 Seiten. 12,95 Euro. Erstveröffentlichung 1951.

Das bedingungslose Grundeinkommen. Eine unaufgeregte Betrachtung



Von Daniel Schwach

Der Aufsatz behandelt vorwiegend aus ökonomischer Sicht die Frage, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) finanzierbar sei. Die öffentliche Diskussion um ein BGE ist in Deutschland wieder intensiver geworden, nachdem das Thema noch im Bundestagswahlkampf 2013 praktisch keine Rolle gespielt hatte. Das wieder erhöhte Interesse an dem Thema mag auch an Entwicklungen in anderen europäischen Ländern liegen. In einigen Städten in den Niederlanden werden seit Januar 2016 Grundeinkommen verschiedener Ausgestaltung im Sinne eines Experiments an Sozialhilfeempfänger gezahlt. Die finnische Regierung führte eine groß angelegte empirische Studie über die Verhaltensreaktion bei Einführung eines Grundeinkommens durch.

Unter einem BGE wird ein staatlich finanziertes Sicherungsnetz verstanden, das ein soziales Existenzminimum ermöglicht, jeden Bürger, auch jedes Kind, einbezieht und ohne Prüfung eines Bedarfs, einer Arbeitsfähigkeit oder Arbeitswilligkeit dauerhaft gewährt wird.

Zweifel an der Finanzierbarkeit können nicht grundsätzlich bestehen, sondern nur im Hinblick auf die Abwägung zwischen der gesellschaftlichen Wertschätzung des BGE selbst und den in Kauf zu nehmenden nachteiligen Konsequenzen aus der Umsetzung.

Viele Ökonomen sind der Meinung, dass ein BGE nicht zu finanzieren sei. Um die Bedeutung des Finanzierungsproblems zu erfassen, ist es nützlich, sich zunächst die hypothetischen Kosten eines BGE in Deutschland vor Augen zu führen. Bei einem monatlichen BGE von 1.000 Euro für 80 Millionen Bürger beläuft sich dieser Betrag jährlich auf 960 Milliarden Euro. Wenn man, wie man üblicherweise angenommen, für Kinder nur den halben Betrag ansetzt, liegt die Summe bei etwa 800 Milliarden Euro. Dass dieser Betrag außerordentlich erheblich ist, sieht man im Vergleich: Das Volkseinkommen betrug im

Jahr 2015 in Deutschland 2,2 Billionen Euro, die gesamten Staatseinnahmen, einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge, beliefen sich auf 1,3 Billionen Euro. Die gesamten Steuereinnahmen betragen 650 Milliarden Euro. Die gesamten Sozialausgaben beliefen sich auf ca. 850 Milliarden Euro. Davon trugen die Arbeitsgeber 312 Milliarden Euro, die Versicherten ca. 270 Milliarden Euro und die staatlichen Stellen den Rest von ebenfalls ca. 270 Milliarden Euro.

Allerdings gehen die meisten Befürworter eines BGE von dem Modell einer negativen Einkommenssteuer aus – also keine direkte Auszahlung eines BGE an alle Bürger. Bei diesem Modell wird den Bürgern in Höhe des BGE ein steuerlicher Freibetrag eingeräumt, der zur Auszahlung in voller Höhe nur dann kommt, wenn kein Arbeits- oder Vermögenseinkommen erzielt wird. Gibt es solche Einkommen, werden diese mit dem Freibetrag verrechnet.

Ein konkretes BGE-Modell entwickelte CDU-Politiker Dieter Althaus im Jahr 2007. Dieses Modell einer negativen Einkommenssteuer wurde von mehreren Teams von Ökonomen kritisch geprüft. Die Experten analysierten das „Althaus-Konzept“ mittels eines Simulationsverfahrens, in das Verhaltensdaten auf der Ebene privater Haushalte eingingen. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass dieses BGE-Modell, so wie es ausgearbeitet wurde, nicht budgetneutral finanzierbar sei.

Dies wäre nur dann erreichbar, wenn die Transferenzugsrate (man könnte sagen: der Steuersatz auf den Zuverdienst) deutlich erhöht wird. Dann aber ist die steuerliche Belastung aus der Finanzierung des BGE so, dass die Zahl der Verlierer größer als die der Gewinner sein würde, so dass eine politische Umsetzung des BGE fraglich erscheint. Darüber hinaus ergibt sich, dass das Arbeitsangebot aufgrund eines BGE zurückgehen würde und dass dieser Effekt bei einer Schließung der Finanzierungslücke durch eine erhöhte Transferenzugsrate noch größer wäre.

Diese kritischen Analysen haben Dieter Althaus dazu geführt, sein Modell zu überarbeiten und u.a. den von ihm ursprünglich vorgesehenen BGE-Betrag von 800 Euro auf 600 Euro zu senken. Hierbei sei gesagt, dass bei einer Online-Petition an den Deutschen Bundestag im Jahr 2009 sogar ein BGE von 1.500 Euro (für Kinder 1.000 Euro) gefordert wurde.

Um eine budgetneutrale Finanzierung eines BGE zu erleichtern, gehen alle vorgelegten Modelle davon aus, dass die bisherigen Steuerfreibeträge und auch einige der bisherigen Sozialausgaben entfallen können. Bei einem Teil der Sozialausgaben ist das durchaus plausibel. Das gilt etwa für die Sozialleistungen, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales als Förder- und Fürsorgesystem bezeichnet, also Kindergeld, Erziehungsgeld, Grundsicherung für Arbeitslose, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, BAföG, Wohngeld. Zwar ist das Einsparpotenzial in diesem Bereich mit 160 Milliarden Euro durchaus beträchtlich, aber eben doch weit geringer, als zur politisch schmerzlosen Finanzierung des BGE erforderlich wäre.

Daher unterstellen manche BGE-Befürworter, dass auch außerhalb des Bereichs der Förder- und Fürsorgesysteme eingespart werden könnte – also z.B. bei den Bundeszuschüssen zu den Sozialversicherungen. Wie weit das politisch möglich und sozialpolitisch vertretbar ist, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Die Finanzierung des BGE würde von den Bürgern mit höheren Einkommen aufgebracht werden. Auch sie würden zwar den Freibetrag erhalten, aber die Steuersätze auf selbst erzielte Einkommen wären höher. Während die Bürger mit niedrigem selbst erzieltem Einkommen von der Einführung des so finanzierten BGE profitieren würden, würde sich das verfügbare Einkommen der besser verdienenden Bürger im Vergleich zu vorher verringern.

Wie sich in den Durchrechnungen von neutraler Seite zeigt, können realistische monatliche BGE-Beiträge nicht sehr weit über dem aktuellen Sozialhilfeniveau liegen. Und selbst dann sind problematische Wirkungen zu erwarten, v.a. auf die Höhe und Verteilung der steuerlichen Belastung und auf das Arbeitsangebot, aber auch auf die Bereitschaft zur Vermögensbildung und zur Aus- und Fortbildung.

Weitere erhebliche finanzielle Konsequenzen aus der Einführung eines BGE würden sich auf institutioneller Ebene ergeben, da Einnahmen und Leistungen der staatlichen Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherungen sowie der Gebietskörperschaften überprüft und angepasst werden müssten.

Zu den Konsequenzen würde darüber hinaus gehören, dass aufgrund der Größe der Aufgabe, die die Einführung eines BGE darstellen würde, für eine längere Zukunft auf andere sozialpolitische Neuerungen oder die Erweiterung öffentlicher Aufgaben wohl verzichtet werden müssten.

Gegner eines BGE befürchten, dass die Menschen unter dem Einfluss des bedingungslos gewährten Grundeinkommens weniger arbeiten wollen. Falls das so wäre, wäre das Sozialprodukt geringer als ohne BGE. Das wiederum würde Einschränkungen für die Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Leistungen, für das BGE selbst und die übrigen Sozialleistungen bedeuten. Befürworter eines BGE sind in der Frage, welchen Arbeitsanreiz ein BGE ausüben würde, geteilter Meinung. Die einen glauben, dass die Menschen nicht weniger,

sondern allenfalls anders arbeiten würden. Andere Befürworter wollen damit gerade erreichen, dass sich die Menschen dafür entscheiden können, weniger zu arbeiten. Dies sei notwendig, um dadurch Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung zu reduzieren.

Wie oben dargelegt, kann ein BGE nur zusammen mit einer Anpassung des Steuer- und Sozialsystems eingeführt werden. Daher ist ein positiver oder negativer Arbeitsanreiz die Resultante aus der Höhe der BGE-Zahlung, den verminderten Sozialleistungen und den Auswirkungen der Steueränderungen auf das Nettoeinkommen.

Es mag Bürger geben, die sich mit einem BGE als einzigem Einkommen zufriedener geben würden. Geht man aber davon aus – wie in den meisten Finanzierungsberechnungen unterstellt –, dass ein realistischer BGE-Betrag nur wenig über dem heutigen Sozialhilfeniveau liegen würde, dürften das nur wenige Bürger als ausreichend betrachten. Die meisten werden hinzuverdienen wollen. Dieses von den Menschen als wünschenswert angesehene zusätzliche Einkommen ist aber möglicherweise geringer als das, das ohne BGE angestrebt wird bzw. vor Einführung des BGE realisiert wurde.

Im Rahmen des oben erwähnten Simulationsansatzes kommen Experten zu dem Ergebnis, dass ein vollständiger Rückzug vom Arbeitsmarkt für manche Haushalte durchaus realistisch und v.a. dann zu erwarten ist, wenn zur Schließung der Finanzierungslücke die Besteuerung des Zuverdienstes hoch ist. Die meisten Haushalte werden ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt dagegen nicht aufgeben, aber die Arbeitszeit nach unten anpassen. Dieser Effekt ist wiederum bei hoher Besteuerung des Zuverdienstes besonders stark.

Neben Modellrechnungen ist es auch möglich, die Reaktion der Menschen auf wirtschafts- und sozialpolitische Änderungen mittels empirischer Untersuchungen zu erfassen. Bezüglich der Wirkungen von bedingungslosen oder bedingten Bargeldzahlungen gibt es in armen Ländern mittlerweile zahlreiche empirische Untersuchungen, in reichen Ländern aber nur eine.

Diese eine Untersuchung, die die Wirkung einer negativen Einkommenssteuer und somit eines BGE erforschen sollte, fand in den 1970er Jahren in mehreren Bundesstaaten der USA statt. Aus der Studie hatten sich bezüglich der Teilnahme am Arbeitsmarkt eher ungünstige Wirkungen ergeben, während gleichzeitig auch die Armut weniger als erwartet zurückging.

Erst vier Jahrzehnte nach diesem Experiment in den USA werden nun auch in Europa empirische Untersuchungen der von einem BGE ausgelösten Verhaltensänderungen auf den Weg gebracht. In Deutschland haben die Befürworter eines BGE, soweit bekannt, noch keine systematischen Experimente zur Erforschung der möglichen Verhaltensreaktionen im Fall eines BGE unternommen oder geplant. Bei aussagekräftigen empirischen Untersuchungen müsste es nicht allein um die Anpassung der Arbeitszeiten gehen, sondern z.B. auch darum wie ein BGE das Sparverhalten und die Bereitschaft zur Ausbildung, Fortbildung und Umschulung beeinflusst.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die Finanzierbarkeit eines BGE ein Problem der gesellschaftlichen Entscheidung ist. Die Frage, die sich stellt ist, ob die Gesellschaft dem BGE einen solchen Wert beimisst, dass die daraus

resultierenden Konsequenzen tragbar erscheinen. Zu diesen Konsequenzen gehören eine erhöhte Steuerbelastung der meisten Bürger sowie erhebliche institutionelle Anpassungen. Darüber hinaus ist eine Konsequenz, dass für eine längere Zukunft auf die Einführung anderer sozialpolitischer Maßnahmen oder die Erweiterung öffentlicher Aufgaben verzichtet werden müsste.

Inwieweit ein BGE dazu führt, dass die Menschen weniger arbeiten wollen, hängt von der Höhe des BGE und den erfolgten Änderungen des Einkommensteuertarifs ab. Simulationsrechnungen zeigen, dass unter realistischen Annahmen viele Haushalte, v.a. im unteren Einkommensbereich, ihren Arbeitseinsatz werden vermindern wollen.

Es erscheint wesentlich realistischer, das BGE über eine negative Einkommenssteuer als über eine drastisch erhöhte Konsumsteuer einzuführen. In beiden Fällen jedoch würde ein finanzierbarer BGE-Betrag nicht sehr über dem heutigen Sozialhilfeniveau liegen.

Das konstituierende Charakteristikum eines BGE, seine Bedingungslosigkeit, dürfte von vielen Menschen als nicht fair betrachtet werden, weil es dem Erfordernis gesellschaftlicher Reziprozität widerspricht. Das Argument, ein BGE sei eine notwendige Reaktion auf eine drohende technologische Arbeitslosigkeit, ist in ökonomischer Sicht wenig überzeugend.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde zwar die Verwaltungskosten der sozialen Sicherungssysteme wohl insgesamt reduzieren. Teilweise aber würden sich diese Kosten auf die Finanzämter verlagern. Die möglichen Einsparungen dürften die Finanzierung eines BGE nicht wesentlich erleichtern.

Alles in allem lässt sich sagen, dass die politische Erreichbarkeit eines BGE aus zwei Gründen nach wie vor gering sein dürfte. Erstens sind die behaupteten gesellschaftlich nützlichen Wirkungen nicht belegt. Und zweitens dürfte eine Mehrheit von Steuerzahlern durch die Finanzierung eines BGE zusätzlich belastet werden.

Rezensionen

Pervertierung des Solidaritäts- und Toleranzgedankens



Kritik des moralischen Universalismus – Über das Recht auf Selbstbehauptung in der Flüchtlingskrise, erschienen im Schöningh-Verlag in der Reihe „Schöningh Schriften zu Recht und Staat“, analysiert die Ideologie eines die Welt umarmenden Universalismus, der letztlich in der Dekonstruktion solidarischer Gemeinschaften wie Familie, Volk und Nationalstaat mündet. Der Autor Lothar Fritze studierte BWL und promovierte in Philosophie. Der nunmehr habilitierte Fritze lehrt Politikwissenschaften als außerplanmäßiger Professor an der TU Chemnitz.

Fritze stellt die Grundlagen der Ideologie des moralischen Universalismus dar. Er unterstellt dieser, herrschende geistespolitische Kraft des Westens zu sein, die in ihrem Kern kommunistische Züge trage. Den Universalisten wirft er vor, exklusive Bindungen des Zusammenhalts und der Solidarität zu negieren, um eine diffuse Weltgemeinschaft zu konstruieren. Er schreibt:

„Wer alle exklusiven Beziehungen zu anderen Menschen aufgibt, weil er jede Ungleichbehandlung anderer für eine illegitime Diskriminierung hält, verliert den Zugang zum Inneren seiner nächsten Umgebung. Wenn es gleich wichtig ist, dem Fremden wie dem Nächsten zu unterstützen, existieren auch keine ungleichen Loyalitäten.“

Im Umgang westlicher Eliten in Politik und Medien mit der Massenzuwanderung sieht er eine Pervertierung des Solidaritäts- und Toleranzgedankens, die unweigerlich in der Selbsterstörung der aufnehmenden Gesellschaften ende. Der gesinnungsethischen Selbstaufgabe im Zuge der ungebremsten Aufnahme von Migranten setzt Fritze das Prinzip der selbstverständlichen Selbstbehauptung entgegen, die er als „elementarste Beding der Möglichkeit des Weiterlebens“ erachtet.

Dem Autor gelingt es in seinem Buch, in dessen Reihe auch der staatsrechtliche Klassiker *Der Staat in der Flüchtlingskrise* erschien, die geistesgeschichtliche Entwicklung von Solidaritätsstrukturen und deren Voraussetzungen zum Gedeihen in modernen Massengesellschaften darzustellen. Kritik des moralischen Universalismus empfiehlt sich für Studenten der staatswissenschaftlichen Fakultäten ebenso wie für den kundigen Beobachter aktueller, zuwanderungspolitischer Fehlentwicklungen in Deutschland und Europa.

Matthias Helferich

Lothar Fritze: *Kritik des moralischen Universalismus – Über das Recht auf Selbstbehauptung in der Flüchtlingskrise*. Paderborn 2017. 277 Seiten. 36,90 Euro.

Lothar Fritze: *Kritik des moralischen Universalismus – Über das Recht auf Selbstbehauptung in der Flüchtlingskrise*. Paderborn 2017. 277 Seiten. 36,90 Euro.

Pro/Contra Schuluniform



PRO

Von Peter Kayser

„Kleider machen Leute“, so lautet der Titel einer Novelle des Schweizer Dichters Gottfried Keller, welche die Geschichte eines jungen Schneidergesellen erzählt, der sich trotz Armut gut kleidet und dadurch einen gesellschaftlichen Aufstieg durchläuft. Die Geschichte des Schneiders zeigt, wieviel Ausdruck von Persönlichkeit und Identität in der Kleidung steckt.

Es überrascht daher nicht, dass die Diskussion über Schuluniformen schnell emotional und undifferenziert geführt wird. Das beginnt schon beim Diskussionsgegenstand. Was soll eine Schuluniform überhaupt sein? Die meisten Personen denken an eine von oben bis unten durchnormierten Schulanzug und haben traurig dreinblickende Heranwachsende vor Augen. Ist das eine repräsentative Vorstellung?

In den Teilen der Welt, in denen sich Schuluniformen etabliert haben, wird an Schulen meist eine Art „Dresscode“ getragen. In Amerika wurde an vielen Schulen erst in den letzten Jahren ein solcher Dresscode eingeführt, weswegen ein Blick auf die dort gemachten Erfahrungen lohnt. An einer kalifornischen Schule gingen nach der Einführung von Schuluniformen im Jahr 1994 die Fälle von geschwänzten Schulstunden um 47 Prozent, Gewalt und Mobbing unter Schülern um 85 Prozent und die Anzahl der Schulverweise um 90 Prozent zurück.

Soziologen erklären sich diese Effekte durch die geschaffene gemeinsame Identität einer Schuluniform, gebrochene soziale Gefälle innerhalb von Schulklassen und das Weniger an modischem Konkurrenzkampf. Das Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen gegenüber der Gruppe wird gestärkt, ein Ausscheren ist mit größeren sozialen Konsequenzen verbunden. Mit dem Erfüllen der Kleidungs Vorschrift symbolisiert jeder Schüler eine Wertschätzung gegenüber der Schule. Erzieherisch bekommen die Schüler in den jungen Lebensjahren ein Gefühl dafür, „was sich gehört“.

Die Sorge einer Kollektivierung zu Ungunsten eines Fortschrittes kann ich bei der Diskussion um Schuluniformen nicht nachvollziehen. In der Wirtschaft geht man davon aus, dass der freie Konkurrenzkampf der Strategien dazu führt, dass der Produktivere sich gegen den Unproduktiveren durchsetzt und somit immer sichergestellt ist, stets den Weg maximaler Wertschöpfung einzuschlagen, von dem am Ende jeder profitieren soll. Doch kann dieses Prinzip meiner Meinung nach nicht auf Schulkleidung übertragen werden. Es gibt schlicht keine bestimmte Kleidung, die dem Ziel der Institution Schule, nämlich die Generation von morgen bestmöglich zu bilden und zu erziehen, besonders entgegenkommend ist. Darum ist von einem Konkurrenzkampf der Mode nichts als eine Entsolidarisierung zu erwarten.

CONTRA

Von Maximilian Kneller

Als Konservativer finde ich natürlich grundsätzlich Gefallen an dem Gedanken, dass statt der Schlunz- und Schlabbermode, die unter Teenies häufig en vogue ist, eine adrette Uniform zu tragen wäre. Daraus mache ich keinen Hehl. Auch das Gesicht der politisch natürlich völlig neutralen SPD-Lehrerin zu einem solchen Beschluss würde ich sicher gerne sehen.

Provokation ist aber leider nur das halbe, nicht das ganze Leben. Aus diesem Grund muss ich bekennen: Schuluniformen halte ich für falsch. Im Alter von zehn bis 18 Jahren habe ich zum Teil Klamotten getragen, die ich heute auf Fotos gern retuschieren würde. Auch das Tragen meines Arminia-Trikots brachte mir nicht nur Komplimente ein – vor allem nicht nach Siegen über Dortmund, Schalke oder Bayern.

Dennoch halte ich es für die Entwicklung einer gereiften Persönlichkeit für einen wichtigen Faktor, auch solche Erfahrungen zu machen. Das bezieht sich natürlich nicht nur auf Fußball-Trikots. Im Schulalter probiert man aller

lei Quatsch aus, den man später auch als solchen erkennt. Diese Erkenntnis jedoch, auch in Bezug auf Kleidung, ist für die Entwicklung eines eigenen Stils durchaus wertvoll.

Eine Schuluniform hat auch einen weiteren negativen Effekt: Sie macht alle gleich. Für Sozialisten sicher eine schöne Vorstellung. In der Praxis hat Gleichmacherei jedoch nie etwas Positives aus dem Menschen hervorgebracht. Um sich nun abzugrenzen von seinen Mitschülern, findet der pubertäre Achtklässler sicher andere Möglichkeiten. Und wenn es nur das Handy ist. Eine künstliche Verdeckung der Einkommensunterschiede wird somit nicht gelingen und sich nur verlagern. Trotz der anfangs erwähnten Sympathie, die viele für diesen Gedanken haben, scheinen auf den zweiten Blick mehr Argumente dagegen als dafür zu sprechen.

Schließlich und endlich lässt sich sagen: Schulen in Deutschland haben deutlich größere Probleme als die Kleidung ihrer Schüler. Und nein, Herr Lindner, wir meinen nicht die iPads Ihrer Schüler!

Rezensionen

Kleinstaaterei statt EU-Zentralismus!



Die aktuellen Unruhen in Katalonien, das knappe Referendum in Schottland, der „Brexit“ in Großbritannien: Europa steckt im Widerstreit zwischen einer politischen und intellektuellen Elite, die von den „Vereinigten Staaten von Europa“ träumt, und großen Teilen der Bevölkerung, die – zumeist instinktiv geleitet – nach mehr Unabhängigkeit ihrer Regionen streben. Das Establishment argumentiert, nur die allumfassende europäische Integration garantiere, dass Europa im Wettbewerb mit Asien und den USA mithalten könne. Die Autoren Andreas Marquart und Philipp Bagus widersprechen diesem allgemein oft nachgeplapperten Narrativ. In ihrem Plädoyer für die Kleinstaaterei heißt es: „Wir schaffen das alleine!“

Den Brexit im Zuge der Volksabstimmung am 23. Juni 2016 in Großbritannien, bei der knapp 52 Prozent der Wähler für einen EU-Austritt des Königreichs stimmten, erklären sie zum möglichen Anfang vom Ende der EU. Parteien wie die United Kingdom Independence Party (UKIP) und ihre Lautsprecher wie Nigel Farage gelten in der medialen Öffentlichkeit bestenfalls als „Rechtspopulisten“, schlimmer noch als Euro- oder Europahasser. Auf allen Kanälen wird suggeriert, Großbritannien falle zurück ins Mittelalter, nun da der Austritt komme. Wird man in London noch Urlaub machen dürfen? Wird die Insel nun eingemauert? Werden sich Schotten und Waliser bald nur noch auf Pferdekutschen fortbewegen? Drohen wieder Krieg und Imperialismus? Die Dauerbeschallung wirkt: 58 Prozent der Briten über 65 Jahren stimmten für den Brexit, bei den 18- bis 24-Jährigen hingegen votierten 72 Prozent für den Verbleib.

Marquart und Bagus legen Wert darauf, zu betonen, dass die EU nicht Europa sei. Ein aus Brüssel verwalteter Bundesstaat widerspreche europäischen Traditionen: „Die wahren Europaskeptiker, Europafeinde oder auch Europaverräter sind jene, die sich von der Idee eines politisch fragmentierten Europas der Vielfalt und Freiheit abwenden und sich dem asiatischen Entwurf zentralistischer Riesenreiche verschreiben.“ Europa stark gemacht habe seit jeher der kleinteilige Wettbewerb wirtschaftlicher und politischer Systeme – die radikale Dezentralität.

Unverkennbar ist die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Autoren. Bagus ist Professor der Volkswirtschaftslehre in Madrid und publiziert seit Jah-

ren in libertären Organen. Finanzberater Marquart sitzt im Vorstand des Ludwig-von-Mises-Instituts Deutschland. Beide gelten als Anhänger der sogenannten Österreichischen Schule der Nationalökonomie, die sich besonders auf die klassisch liberalen Theorien der österreichisch-amerikanischen Vordenker Ludwig von Mises (1881-1973) und Friedrich August von Hayek (1899-1992) beruft. Entsprechend argumentieren die Autoren: Märkte, Unternehmertum und Handel zwischen Individuen mit unterschiedlichsten Interessen habe es immer gegeben. Dafür brauche es keine EU, keine intransparenten Machwerke wie TTIP und vor allem keine staatlichen Interventionen in den Wirtschaftskreislauf.

In großen Staaten herrsche eine ineffiziente und teure Bürokratie. Wusstet ihr, dass über 4.300 EU-Beamte mehr Geld verdienen, als die Bundeskanzlerin? Große politische Einheiten tendierten in ihrem Machbarkeitswahn dazu, alles zu regulieren und zu kontrollieren. Eine politische Klasse verteile um, denn sie wisse ja immer besser, was gut für die Bürger sei. Damit, so die Autoren, schaden sie jedoch nur dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit. Zentralismus und Planwirtschaft gipfelten im Monopol über das Geldsystem. Durch die Ausschaltung der Währungskonkurrenz im Zuge der Euro-Einführung wurde nicht zuletzt der Weg für Euro-Rettung, Nullzins-Politik und Schulden-Haftung geebnet.

Kleinere politische Einheiten seien dagegen übersichtlicher und damit näher am Bürger. Sie müssten innovativer sein und mit anderen Staaten kooperieren. Das fördere den Frieden untereinander. Gleichzeitig müssten sie sich im direkten Wettbewerb mit ihren Nachbarn behaupten. Das beuge politischer Willkür der Machthaber vor. Konkrete politische Mitbestimmung sei in kleinen Staaten leichter realisierbar. Als Vorbild dient den Autoren die Schweiz mit ihren regelmäßigen Volksabstimmungen.

Das populär aufbereitete Buch verkündet keine neuen Weisheiten. Durch seine einfache Sprache und seine schlüssige Aufbereitung stellt es hingegen eine leicht bekömmliche Einstiegslektüre für alle jungen Leser dar, die sich dem Thema „EU-Kritik“ auf freiheitlichem Wege annähern möchten.

Carlo Clemens

Andreas Marquart und Philipp Bagus: Wir schaffen das alleine! Warum kleine Staaten einfach besser sind. Mit einem Vorwort von Roland Tichy. München 2017. 157 Seiten. 14,99 Euro.

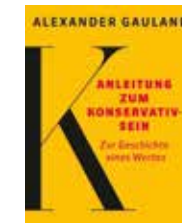
brik „Prometheus“ publiziert er nun die erste deutsche Übersetzung von Eamonn Butlers Einführung in den klassischen Liberalismus (*Classical Liberalism. A Primer*). Es gibt bis dato keine bessere Grundlage, um Aufklärung zu betreiben und Vorurteile zu entkräften.

Zwar hat der politische Liberalismus seine Wurzeln in England und reüssierte insbesondere im angloamerikanischen Raum. Doch gibt es durchaus eine beachtliche liberale Tradition in Deutschland, ausgehend von Immanuel Kant über den Städtebund der Hanse, das Wartburgfest und die Nationalbewegung, Eugen Richter, Gustav Stresemann bis zur Deutschen Demokratischen Partei in der Weimarer Republik. Das Vorurteil, der Liberalismus sei eine überaus „undeutsche“ Geistesströmung, rührt vor dem Hintergrund

von Bismarck, Preußentum und Nationalsozialismus zwar nicht von irgendwoher. Doch gibt es reiche Traditionsstränge, die es zu entdecken lohnt. Dabei ist wichtig, klarzustellen, dass es unterschiedliche Strömungen und Traditionen gibt: Vom Manchesterliberalismus über den Fortschrittsliberalismus zum Nationalliberalismus, Ordoliberalismus, christlich motivierten Libertarismus usw. Liberalismus ist also keine festgeschriebene Ideologie, sondern ein vielfältiges Spektrum. Anhand seiner zehn Prinzipien unternimmt Butler den Versuch, ein liberales Minimum zu erstellen: Im Zweifel für die Freiheit. Vorrang des Individuums. Zwang minimieren. Toleranz. Beschränkte und repräsentative Regierung. Herrschaft des Rechts. Spontane Ordnung. Eigentum, Handel und Märkte. Zivilgesellschaft. Gemeinsame menschliche Werte.

In eingängigen Kapiteln erklärt der Autor, Leiter des 1977 gegründeten Adam-Smith-Institutes in London, systematisch, was klassischen Liberalismus ausmacht und inwiefern er sich von Sozialismus und Konservatismus unterscheidet. Überschneidungen zu letzterem gibt es so einige. Zudem bietet der Autor ein weiterführendes Literaturverzeichnis an. Grundlegend sind die Kurzcharakteristiken bedeutender liberaler Vordenker, von John Locke, Voltaire, Adam Smith über Thomas Jefferson, Friedrich August von

Die emotionale Säule der AfD



15 Jahre nach Erstveröffentlichung wurde Alexander Gaulands *Anleitung zum Konservativ-Sein* nun im zu Manuscriptum gehörenden Landtverlag neu aufgelegt. Und obwohl seit der Veröffentlichung 2002 viel Zeit vergangen ist, ist dieses Manifest des Konservativen aktuell wie eh und je. Dies mag auch daran liegen, dass

Konservatismus keiner Mode unterliegt, wie der Autor selbst in seinem Buch schreibt.

Auf 138 Seiten umreißt der AfD-Bundessprecher das Selbstverständnis konservativen Denkens mit den geistigen Vätern von Edmund Burke bis Botho Strauß und formuliert die Notwendigkeit konservativer Politik in innen- wie außenpolitischen Fragen. Dabei beklagt Gauland zitat- und aphorismenreich den durch den Zivilisationsburch der Nazi-Zeit bedingten Verlust einer prägenden, konservativen Kraft in der deutschen Politik.

Die Union habe durch ihre Interpretation des Konservatismus als „an der Spitze des Fortschritts marschieren“ (Franz-Josef Strauß) den Raum bereitet für die Ökonomisierung und Hyperindividualisierung Deutschlands. An die Stelle einer Gesellschaft der Lebenden, der Toten und der noch nicht Geborenen, also des Staatsvolks, sei die Gemeinschaft der glücklichen Verbraucher getreten, für die moralische Hemmnisse, kulturelles Herkommen und nationale Traditionen unökonomische Belastungen darstellen, die im Interesse wirtschaftlicher Performance ausgeschaltet werden müssten.

Diese Geschichtvergessenheit habe auch zu politischen Fehlentwicklungen geführt, weil deutsche Politiker von Markt und Menschenrechten aus gedacht haben, während das übrige Europa seine Vergangenheit noch bewusster vor Augen hatte. Die Geschichte kritisch vor Augen zu haben ist für Gauland ein wichtiger Bestandteil konservativen Denkens. Denn Konservativ-Sein bedeutet nicht ein Hängen am dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt.

Auch innenpolitisch kritisiert Gauland die Aufgabe des Deutschen als be-

Hayek bis Ayn Rand und Milton Friedman.

Gerade in den Punkten bürgerlicher Freiheiten, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung können für die AfD-Programmatik belebende Impulse gewonnen werden. Reibungen zum Konservativen versprechen das optimistischere Menschenbild des Liberalen, die Auffassung über die Verantwortlichkeiten des Staates oder das Gutheißen abstrakter, allgemeiner Werte.

Alles in allem lässt *Wie wir wurden, was wir sind* keine Wünsche als Startlektüre für den echten Liberalismus übrig: Sei es als Einführung oder als Nachschlagewerk für griffige Definitionen und einen klaren Überblick. Gerade in der Parteijugend tut es not, die bürgerlichen Weltanschauungsmodelle grundsätzlich zu studieren, um sich auf diesem Fundament überhaupt politische Prinzipien aneignen zu können. Das schützt vor Opportunismus und Beliebigkeit. Nur Mut!

Carlo Clemens

Eamonn Butler: Wie wir wurden, was wir sind. Einführung in den klassischen Liberalismus. München 2017. 153 Seiten. 16,99 Euro.

sondere metaphysische Kategorie. Geopfert wurde es einem Pragmatismus der Mitte, der, einhergehend mit einer Vollkasko-Mentalität und der Angst vor materiellen Verlusten, aus uns Deutschen ein Volk von moralistischen Rechenmeistern gemacht habe. Dem gegenüber stellt er die Grundaufgabe des Konservativen nach Friedrich von Gentz, dem Sekretär Metternichs: Es gibt so viele Menschen, die das Rad des Fortschritts drehen, dass ein paar Menschen diesem Rad beherzt in die Speichen greifen müssen.

Das Problematische an der modernen Vorstellung von Fortschritt bestehe darin, dass dieser Durchweg mit dem Sprengen von Fesseln, dem Beseitigen von Schranken, dem Abschaffen von Dogmen assoziiert wird. Die konservative Reaktion auf dieses deterministische Weltbild muss eine Entwicklung zu mehr festen Überzeugungen, zu mehr Tabus und Dogmen sein. Verlangsamung des Fortschritts, Bewahrung von Traditionen und Lebenswelten und die Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens als Kern der späteren Persönlichkeit sind konservative Essentialia.

Mit diesem Credo hat Gauland das zweite Gründungsmoment der AfD beschrieben. Nach der rationalen Kritik an Euro-Rettung und supranationaler Bevormundung, die vor allem monetär begründet war, formuliert Gauland schon elf Jahre vor Gründung der AfD mit dem Vater des Konservatismus, Edmund Burke, die zweite emotionale Säule der AfD: Konservativ-Sein heißt, den Sophisten, Ökonomen und Rechenmeistern zu widersprechen, die die Schönheiten der Erde in Mark und Pfennig ummünzen.

Das Narrativ der 68er, Gutmenschen und sonstiger Weltverbesserer, dass Vernunft und Humanität Vielfalt und Einheit zugleich begründen und einhegen, hat sich angesichts atavistischen Stammesdenkens in Parallelgesellschaften und No-Go Areas als das offenbart, was es bereits war, als es aus lauem Munde ausgespien wurde: nichts weiter als heiße Luft.

Zacharias Schalley

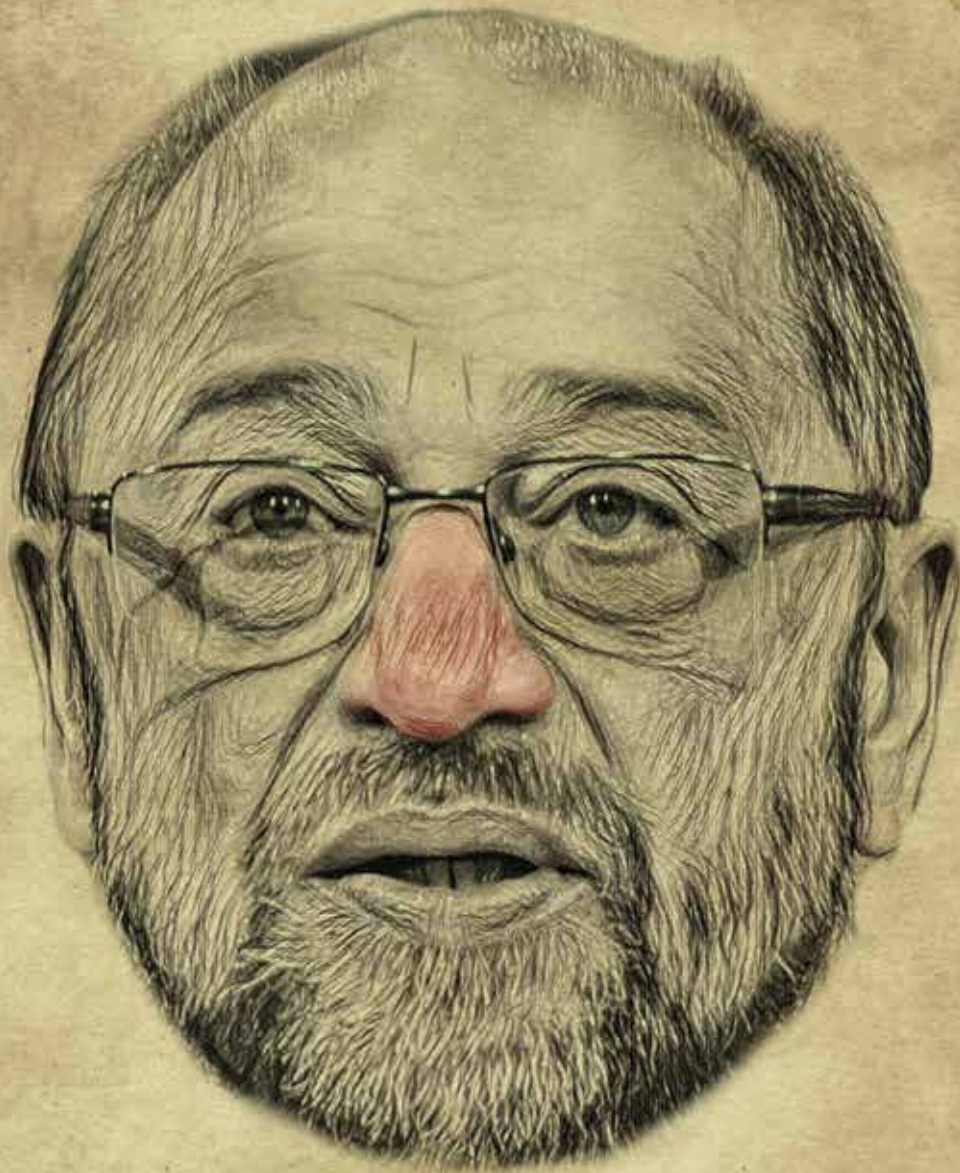
Alexander Gauland: Anleitung zum Konservativ-Sein. Zur Geschichte eines Wortes. Berlin 2017. 144 Seiten. 16,80 Euro. gleich wichtig ist, dem Fremden wie dem Nächsten zu unterstützen, existieren auch keine ungleichen Loyalitäten.“

Gegen die Begriffsverwirrung



Es herrscht allgemein Begriffsverwirrung. Wer kann für sich behaupten, wirklich „soziale“ Politik zu betreiben? War die CDU in ihrem Selbstverständnis jemals eine konservative Partei? Gehen am Liberalismus die Völker zugrunde (Arthur Moeller van den Bruck dixit)? Der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler gilt als Vertreter eines besonders konsequenten Liberalismus. Es verwundert nicht, dass der „Euro-Rebell“, wie der Ostwestfale in den Medien oft betitelt wird, in der Lindner-FDP eine Außenseiterrolle spielt. Über seine eigene Denkfa-

WANTED



MARTIN SCHULZ

WEGEN MEHRFACHEN VERSUCHES,
DIE FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHE
GRUNDORDNUNG DEUTSCHLANDS
ABZUWICKELN



JUNGE ALTERNATIVE